

EMA: ÜBER 25.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 660.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

Titelgestaltung: Anselm Lenz

WE ARE LEAVING THE AMERICAN SECTOR

NEUTRALITY DECLARED

IN 1994 LAST RUSSIAN SOLDIER PEACEFULLY LEFT OUR COUNTRY
THANK YOU « THE WEST » • 79 YEARS OF YOUR MILITARY PRESENCE ENOUGH TOO
NATO GO HOME NOW • WAR NEUTRALITY DECLARED • THE GERMAN PEOPLES

Wir verlassen den amerikanischen Sektor, erklären unsere Kriegsnutralität.

Im Jahr 1994 verließ der letzte russische Soldat friedlich unser Land. Danke, »der Westen«, aber 79 Jahre Deiner militärischen

Präsenz sind nun auch genug: NATO, geh nachhause, wir erklären uns neutral! Das deutsche Volk (beziehungsweise Völker).

Das sagt der in Englisch gehaltene Titel der Zeitung der neuen Friedens- und Demokratiebewegung. Die Schlagzeile der 178. Ausgabe erinnert an die deutsche Teilung und die

vielen Warnschilder und Sperrzonen, die die Besatzungsmächte aus den USA, Russland, Frankreich und England in unserem Land errichtet hatten. Drei Generationen später ist diese Zeit nun längst vorbei. Die Russische Föderation hat ihre Kasernen und Waffenlager vor dreißig Jahren abgebaut und alle Truppen ins eigene Land zurückverlegt.

Wir Deutschen tragen die Kriegstreiberei nicht weiter mit, fordern Frieden und Kooperation auch unter widrigen Umständen und mit vermeintlichen Gegnern wie Moskau. Mit dieser Ausgabe verabschieden wir *alle* einstmaligen Befreier und Besatzer aus unserem Land mit seiner mehr als 2.000-jährigen Geschichte seit Arminius. ☎ Weiter Seiten 6, 9 - 13

2 EINIGKEIT
Preis der Republik geht an Dresdener Fuchs

5 RECHT
Juraprofessor Martin Schwab klärt auf

6 FREIHEIT
Neue Friedens- und Demokratiebewegung demonstriert bundesweit

16 GRUNDGESETZ
Artikel 146: Das Volk verständigt sich aus sich selbst heraus neu

INHALT DW 178

- Wir verlassen den amerikanischen Sektor, Seiten 1, 6, 9, 13
- Der Preis der Republik geht an Marcus Fuchs, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Dringender Rückruf, Seite 2
- Aufruf von Prof. Martin Haditsch: Was muss noch passieren?, Seite 3
- Kriminelle »Verfassungsschützer«, Seite 4
- Ansprache wider den Bundespräsidenten, Seite 4
- Neues aus Absurdistan: Uns droht der »Höllensommer des Jahrtausends«, Seiten 4, 5
- Prof. Martin Schwab: Vom Dünkler der eigenen Überlegenheit, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Querdenker-Gerichtshof, Seite 6
- Dr. Bianca Witzschel: Verurteilt – aber vorerst frei, Seite 7
- Demo-Impressionen, Seite 7
- Zitat der Woche: Dr. Bodo Schiffmann, Seite 7
- Die Antwort eines Lügners, Seite 8
- DW-Verteiler werden, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Klaus-Jürgen Bruder: Klatsche für die Kriegstreiber, Seite 9
- Motor Mittelstand: Gefangen im System, Seite 10
- Kolumne Medien: Der Verf-Führer extra Bavariam, Seite 10
- Demokratische Querfront, Seite 10
- Interview mit Martin Sellner: »Ami go home & Remigration«, Seite 11
- Dritter Sommer: Neues von der Ostfront, Seite 11
- Monika Donner im großen Interview: »Vielleicht wäre ein AfD-Verbot nicht schlecht«, Seiten 12, 13
- Hölderlin: Das Unverzeihliche, Überzeugung..., Seite 13
- Wiener Schauprozess: Rede von Robert Willacker Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- DW-Buchempfehlungen, Seite 15
- Sport mit Berthold: Österreich EM-Geheimfavorit, Seite 15
- Christen im Widerstand: Zeit des Übergangs, Seite 15
- Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp, Seite 13
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 178. Ausgabe ab Samstag, 22. Juni 2024. | Redaktionsschluss war am 20. Juni. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stfv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osraïnik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrekturat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UEP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir

Ja!

Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie



Der Fuchs
geht um

Der Preis der Republik geht an Marcus Fuchs.
LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

Er hatte es gewagt, als Kreis- elternratsvorsitzender in Bautzen, Kritik an der Drangsalierung von Kindern unter Corona zu äußern. Kritik am Testregime, an der Masken- quälerei, an der Angstmache. Und zwar zu einem Zeitpunkt, als es dar- auf ankam.

Zum ersten Mal trafen wir uns persön- lich bei einer der vielen Großdemon- strationen in Berlin. 2021 war das. Mir hatte das Stadtgouvernement mal wie- der ein Zonenverbot ausgesprochen. Er hatte als IT-Fachmann Ahnung von vielen Sachen. Gemeinsam informier- ten wir die Demonstranten aus einem Versteck heraus, wo friedliche Demon- stranten eingekesselt wurden und wo es in den Polizeiabsperrungen Lücken gab. Wir verstanden uns.

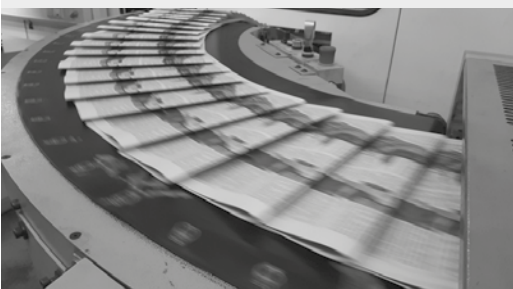
Er kandidierte für das Dresdener Ober- bürgermeisteramt, um auf die Verbre- chen unter Corona aufmerksam ma- chen zu können. Er begleitete den

Prozess gegen die Mut-Ärztin Dr. Bi- anca Witzschel (Seite 7) als Journalist und als Demoorganisator. Ihm gelang der Schulterschluss mit den Bauern- protesten. Ihm gelang die Großdemon- stration am 17. Juni 2023, wegen deren Erfolg er nun vom Inlandsgeheim- dienst überwacht wird. Das untrüg- liche Zeichen, dass dort Kompetenz und noch mehr Potenzial liegt. Er organi- sierte die Demonstration in Göttingen, deren Verhinderung als »Schande von Göttingen« in die Geschichte der Stadt einging. Er organisiert den Montags- spaziergang in Dresden. Der Typ ist überall, Chapeau!

Derzeit tritt Marcus Fuchs als aus- sichtsreicher parteiloser Kandidat bei den Landtagswahlen in Sachsen für die Freien Sachsen an. Er ist der Kandi- dat der Herzen von Zehntausenden. Er bleibt am Ball. Er ist überall. Marcus ist der Fuchs der Demokratiebewegung. Dafür gebührt ihm Dank, Respekt und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN MARCUS FUCHS. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshika Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Palazisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyley, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hiltz, Ines Teetzen, Matthias Guenicke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Doll, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmair, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krählhing, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérat, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer,



Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Rio Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganzer, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunk, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assance, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Altmuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Dr. Hans-Rudolf Miltrey, Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, Michael Stürzenberger, Monika Donner.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Dringender Rückruf

EINWURF von Dr. phil. Werner Köhne

Wer sich gegenwärtig im Info- und Meinungs- dschungel umhört, ge- winnt den Eindruck, dass zumindest eine Sau nicht mehr durchs Dorf getrieben wird: Corona.

Man verzettelt sich nicht länger in Zahlen- reihen, Quoten und Sprachregelungen – und zeigt auch wenig Engagement, wenn es um die eigentlich dringende Aufarbei- tung der blindwütigen Maßnahmenkultur geht, die vor vier Jahren einsetzte. Bis auf wenige Rufer in der Wüste, die genau dies fordern, hat sich ein Klima des Verschwei- gens und Verdrängens eingestellt , dass das Covid-19-Phänomen ad acta gelegt hat oder in einen ständig auf Erregung getrimm- ten Alltag lediglich zu einem Krisenfall un- ter vielen anderen heruntergedimmt wird. Es plätschert so langsam aus und überlässt in einer schnelllebigen Ökonomie der Auf- merksamkeit anderen Krisenthemen den Vorzug – in den üblichen Halbwertzeiten.

ZIVILISATIONSBRUCH
MIT GEHIRNWÄSCHE

Klima, Energiekrise, Krieg in der Ukraine. Besonders das Drohpotential eines Dritten Weltkrieges wird abgerufen, ja willentlich forciert. Eine große Friedensbewegung, wie zu Anfang der 1980er Jahren hat sich da- gegen nicht gebildet. Fast devot nimmt der deutsche Michel es hin, dass ihn die neues- te Kriegsrhetorik auf unabwendbare Realit- äten vorbereitet und er dabei in die Haltung eines platten Moralismus gedrängt wird, aus dem sich dann später eine martialische Ac- tion Directe mit vielen Kriegsopfern ergibt.

Ich behaupte nun, dass diese gegenwärtigen Malaisen und Befindlichkeiten ihre Blaupau- se in den zwei drei Jahren praktizierter Coro- napolitik hatten. Ohne eine ernsthafte The- matisierung dieses Zivilisationsbruchs, der von Gehirnwäsche bis zur Entsinlichkeit al- ler Sinne reicht, ist denn auch von einer wirk- lichen Aufarbeitung der Plandemie nicht zu sprechen. Wie sagte noch der Essayist Mi- chael Rutschky: »Erst wenn eine Geschichte zu Ende geht, beginnt Erfahrung.«

Die erlösende Erfahrung steht aber noch aus. Wird sie sich je einstellen? Wird sie an der Physiognomie, ja an den Gesichtern der Paare, Passanten und Patienten ables- bar sein – an den verheerenden Nachwe- hen jener Panik, die an den Iden des März 2020 den Haushalt der Gefühle ins Wanken brachte, wie wohl noch nie je zuvor? Wer das Coronadesaster jetzt in den Hintergrund abschieben will, wird erleben, dass sich alles wiederholt – als Posse oder als Tragödie, wie man seit Karl Marx weiß. Ganz sicher.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro- ßen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

• 49 (0)162 / 63 60 112

WAS MUSS NOCH PASSIEREN?

Aufruf des Facharztes für Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie Prof. Martin Haditsch

»Ich wende mich hier direkt an gewisse Personengruppen. Nämlich Anwälte, Staatsanwälte, Richter, Ärzte und Journalisten. Und ja, ich gebe auch die Hoffnung nicht auf, dass es querbeet in der politischen Landschaft noch Menschen gibt, die rechtschaffen sind, die Charakter haben, die von der Partei gegebene Ideologien nicht über alles stellen und rationalen, plausiblen Argumenten gegenüber offen sind. Und ihren vernunftbegabten Einfluss dann auch in ihre Parteien hineintragen.

Zuerst einmal eine Zusammenfassung wesentlicher Ereignisse und Änderungen der letzten Jahre. Vieles ist in den letzten Jahren schiefgelaufen und wie wir heute wissen, war kein das nicht Pech oder Zufall, sondern Absicht. Und somit entweder geplant oder geduldet. Diese Erkenntnis verdanken wir unter anderem dem *Freedom of Information-Act*, heraus geklagten *Mails* und Protokollen, investigativen Journalisten, wie zum Beispiel Seymour Hersh (der von dieser Zeitung abschrieb, Anm. DW), mutigen Wissenschaftlern, wie beispielsweise Dr. Daniele Ganser oder Prof. Arne Burkhardt, aber auch mutigen Politikern, wie dem japanischen Premierminister Shinzō Abe, der für seine kritische Haltung sterben musste.

Wir, das heißt, der Großteil der Welt, weiß mittlerweile, dass die jeweiligen Entscheidungsträger bereits im Vorfeld all das wussten, wofür ihre Kritiker geprügelt wurden. Zum Beispiel, dass strukturell relevante Teile des Sars-Cov-2-Virus Jahre vor der sogenannten Pandemie von der pharmazeutischen Industrie patentiert worden waren. Dass Sars-Cov-2 aus einem Labor stammt und somit erst unter der Mitwirkung von Menschen zu diesem, für manche tödlichen, Krankheitserreger wurde. Dass die USA direkt und indirekt an der in den USA selber verbotenen *Gain-of-Function-Forschung* (dt. Forschung zur Funktionssteigerung

von Erregern) beteiligt war. Dass die Masken unwirksam und zum gegebenen Zeitpunkt gar nicht zugelassen waren. Dass die *Lockdowns* die durchschnittliche Lebenszeit reduziert haben. Dass die mRNA-Forschung trotz jahrzehntelanger Experimente weder in der Tier- noch in der Humanmedizin je zu einem vermarktbar Ergebnis geführt hatte. Dass man in wenigen Monaten keine sichere Impfung entwickeln kann. Dass die Corona-Injektionen weder Krankheiten verhindern noch die Übertragung verhindern konnten. Und dass diese Injektionen entgegen anders lautender Behauptungen schwere Verläufe nicht verhindern konnten. Dass es vielmehr durch diese Injektionen zu schweren, ja tödlichen Komplikationen kommen würde. Dass durch die Fehlbezeichnung dieser Substanzen als Impfung das gesamte, über Jahrzehnte mühevoll aufgebaute Vertrauen in das Impfwesen gefährdet wird.

Aber es sind auch andere Themengebiete, wie der große Bereich Europa: Sie haben auch gewusst, dass der Angriff auf die *Nordstream-2-Pipeline* federführend von den USA geplant worden war. – Das erklärt übrigens auch die Ablehnung einer Untersuchungskommission durch den UN-Sicherheitsrat. (...) Sie haben auch gewusst, dass die Öl- und Gaslieferungen aus Russland dadurch nennenswert erschwert werden würden. Und dass gleichzeitig die Abhängigkeit vom wesentlich teureren US-amerikanischen *Fracking-Gas* steigen würde. Dass die Wirtschaft Deutschlands dadurch erheblich belastet und in der Folge geschwächt werden würde. Und warum Deutschland? – Weil sie wussten, dass eine weitere Annäherung Deutschlands an Russland, eines Schulterschlusses von Deutschlands mit Russland, laut einem offiziellen *Statement* des amerikanischen Strategen George Friedman mit »allen zur Verfügung stehenden Mitteln« verhindert werden musste. (...)

An alle oben genannten: Lasst Euch nicht wider Euren Hausverstand (österreichisch für allgemeiner Menschenverstand) Dinge

diktieren. Ihr selber merkt doch längst, dass hier einiges ziemlich faul ist.

Bitte: Denkt an die Ausbildung, die Ihr genossen habt und die damals noch häufig von Idealismus geprägt war. Ruft Euch Empathie und Professionalität wieder ins Gedächtnis und besinnt Euch auf Euren beruflichen Ehrenkodex, so dass ihr auch wieder voller Stolz euren Beruf ausüben könnt.

Ihr habt noch die Möglichkeit, die Seite zu wechseln. Und wir haben noch die Chance, gemeinsam das Ruder herumzureißen und die Menschheit in eine gute, menschenfreundliche, respektvolle und lebenswerte Zukunft zu führen. Meine Frage ist: Was muss noch passieren, dass Ihr, als zentrale und Gesellschaft formende Elemente, Euch mit Rat und Tat gegen diese menschenverachtenden Aktionen stellt? Aktionen, die danach trachten, all das auszumerzen, was uns als menschliche Individuen, als eigenständige Persönlichkeiten mit Ecken und Kanten, guten und schlechten Eigenschaften, Strukturiertem und Kreativem, ausmacht. Also gegen jene, die brutal und rücksichtslos versuchen, alles zu unterbinden und zu zerstören, was es bedeutet, ein Mensch zu sein. Was muss noch passieren und welche »Verschwörungstheorien« müssen sich noch bewahrheiten, damit ihr endlich aus der Deckung kommt?

Es ist klar: Die Globalstrategen sind mächtig und einflussreich, sie werden ihre transhumanistischen Pläne nicht einfach aufgeben. Die Schlingen ziehen sich immer enger zusammen. Wir steuern auf ein globales, menschliches Desaster zu. Als freiheitsliebender Mensch kann man das sehenden Auges nicht zulassen. Wir brauchen Euch hier und jetzt. Ein vom Humanismus geprägter Kurswechsel ist noch zu schaffen, aber wenn dieser bald stattfinden soll, schaffen wir das nur gemeinsam. Ich denke, ich spreche für die meisten aufgeklärten und kritischen Menschen, die ich in den vergangenen Jahren kennen und schätzen gelernt habe, wenn ich sage: Unsere Solidarität und



Der Epidemiologe Prof. Martin Haditsch sprach sich frühzeitig gegen die Coronalügen aus und erfuhr dafür den Hass und die Hetze des Regimes. Foto: privat

Dankbarkeit sind Euch gewiss. Wir heißen Euch herzlich willkommen.«

Diese Ansprache hielt der renommierte Arzt Prof. Martin Haditsch am 14. Juni 2024 in Form eines Videos. DW dokumentiert hier die Rede für Zeitzeugen und Nachwelt in gekürzter Form. Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieser Zeitung wurde das Video noch nicht von den Digitalplattformen gelöscht.

MELDUNG

EU BESTELLT
WIEDER IMPFDOSEN

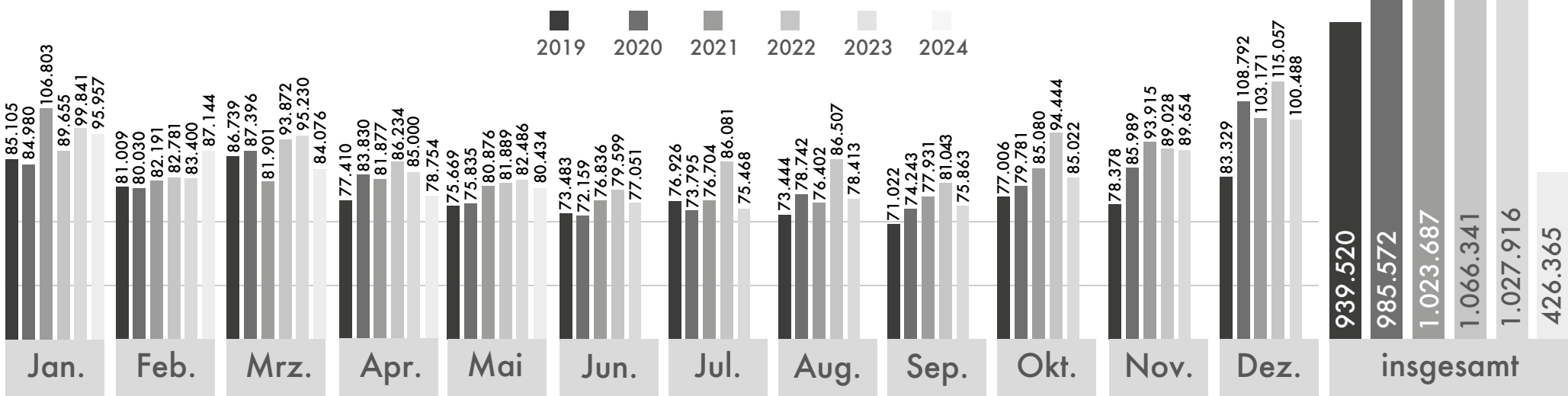
Brüssel/DW. Nachdem jüngst bereits ein Mexikaner an der Vogelgrippe gestorben war (DW berichtete), soll in Indien nun ein vierjähriges Kind mit dem Virus infiziert sein, wie diverse Medien Mitte Juni übereinstimmend berichteten. Die EU hat vorsorglich schon mal 665.000 Impfdosen gegen H5-Viren bestellt. Wie *Bild* berichtet, könnten in den kommenden vier Jahren bis zu 40 Millionen weitere Dosen geliefert werden. (kmü)

PLÖTZLICH UND UNERWARTET

BUDVA/DW. Die Reihe der Todesfälle in der Sportwelt seit 2021 reißt nicht ab: Am 15. Juni 2024 starb Matija Sarkic, Fußball-Nationaltorhüter von Montenegro, plötzlich und unerwartet im Alter von nur 26 Jahren. Anderthalb Wochen zuvor hatte der Stammkeeper des englischen Zweitligisten FC Millwall bei einem Freundschaftsspiel seines Nationalteams noch auf dem Platz gestanden. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Kriminelle »Verfassungsschützer«



Umstrittene Amtsträger: Spitzelchef Haldenwang (l.) und Ministerin Faeser am Dienstag in Berlin. Foto: BfV

Alle Jahre wieder stellt der deutsche Inlandsgeheimdienst unter dem falschen Namen »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV oder allgemein VS abgekürzt) seinen »Bericht« vor.

»Nancy Faeser ruft mal wieder Alarmstufe Rot aus«, kommentierten unsere Kollegen von Netzpolitik.org, nachdem die umstrittene Innenministerin am Dienstag den neuesten Schnüfflerbericht vorgestellt hatte. Wem dienst unser Staat? »Im Mittelpunkt«, so ist sich die in höchstem Maße umstrittene und mehrerer Verbrechenskomplexe mitverdächtige Behörde in Punkto VS-Bericht sicher, »standen dabei hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe und Spionage insbesondere durch das russische Regime sowie die extremistischen Bedrohungen durch Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus.« Und auch die 2020 geschaffene Luftnummer der »Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates« steht wieder im Bericht für 2023 geschrieben. »Die BRD-Stasi greift aus«, war in einem Online-Kommentar zu lesen, andere Kommentatoren bezeichnen

Bundesinnenministerin Nancy Faeser:
»Wir haben alle Schutzmaßnahmen massiv hochgefahren.«

die zwangsfinanzierte Behörde bereits als neue »Gestapo«.

Oberster Inlandsspitze Thomas Haldenwang (CDU) äußerte im Zuge der Bundespressekonferenz zur Vorstellung der Schnüfflerbehörde: »Die verschärfte Gefährdungslage für Deutschland stellt auch den Verfassungsschutz vor große Herausforderungen. Wir sehen uns aktuell einem sehr hohen Niveau von Bedrohungen gegenüber.« Auch er will also noch mehr Geld und »Freibriefe« haben für die perversen Tätigkeiten, die auch unter seiner Ägide ablaufen.

ZWANGSFINANZIERTER SCHNÜFFLERDIENST

»Die Bedrohung durch Spionage, illegitime Einflussnahme, Desinformationskampagnen und Cyberangriffe hat sich gegenüber 2022 weiter verschärft. Die Hauptakteure dieser gegen Deutschland (gemeint ist der BRD-Staat; red.) gerichteten Aktivitäten sind die Russische Föderation, die Volksrepublik China und die Islamische Republik Iran«, umreißt die Behörde grobschlächtig das Feindprofil. Im Grunde ist alles und



Ach guck mal, da ist er.
Hallo, der Herr Steinmeier.

ANSPRACHE WIDER DEN BUNDESPRÄSIDENTEN

»Ich bin Rentner und ich bezahle das hier. Ich habe mein Leben lang geackert für Euch und Ihr lasst Euch schön durch die Gegend schaukeln, super! Ach guck mal, da ist er, hallo, der Herr Steinmeier! Mensch, ich hab' Dich mal gemocht, aber jetzt nicht mehr. Du bist so ein Arschloch! – Ja, das ist er, der Kriegstreiber! Ich mag ihn nicht.« Ein deutscher Staatsbürger bringt die Stimmung im Land Brandenburg »frei Schnauze« zum Ausdruck, als sich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) am 16. Juni mit einer Staatsdelegation in Booten durch die Kanäle des Spreewalds nahe Berlin gondeln lässt. Der Pensionär dokumentiert seine Ansprache vom Zaun eines Anrainergrundstückes zum Kanal selbst. (jro)

Foto: DW-Bildschirmfoto des Funktelefonvideos

jeder verdächtig, der nicht der Ansicht der Regierungsparteien und des von ihnen teils gekaperten und gleichgeschalteten Staatsapparates ist. »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns« –?

Schwammige Begriffe wie »illegitime Einflussnahme« ziehen sich durch das über Hundert Seiten dicke Heft »Verfassungsschutzbericht«, in dem sowohl die »linke« Tageszeitung junge Welt, als auch »rechte« Medien wie Compact und mindestens implizit viele bürgerliche Medien genannt werden, die den zwangsweise von uns allen hochbezahlten Lügnerinnen und Lügner der Regierung nicht in den Kram passen,

beziehungsweise die Lügen um den Spritzengenozid nicht mitmachen. Die Zeitung der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung wird im aktuellen Bericht indes nicht genannt: Denn wie Faeser bereits bei Amtsantritt ankündigte, ist man im Innenministerium eher geneigt, »Existenzgrundlagen« zu entziehen, uns also die Konten zu kündigen (Seite 2) und uns am langen Arm verhungern zu lassen. In das Bild passt, dass der in höchstem Maße kriminelle Immobilienhändler Jens Spahn (CDU) nun neuerlich versucht, auf den Journalisten Anselm Lenz loszugehen

(siehe Seite 6). (jro/bat)

Uns droht der »Höllensommer des Jahrtausends«

Und der ÖRR sinkt immer tiefer – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, noch vor dem Anpfiff des Eröffnungsspiels der Fußball-Europameisterschaft sorgte das ZDF (Zensur, Difamierung, Fakes) mal wieder für Aufregung, indem Kommentator Oliver Schmidt die deutsche Nationalhymne mit folgenden Worten ankündigte: »Und es folgt die deutsche Hymne – Einigkeit und Recht und Freiheit und vor allem Vielfalt.« Mal wieder Fake-News im ÖRR, der einmal mehr versucht, mit vielfältiger Indoktrination und linken Kampfbegriffen sein Publikum zu erziehen. Keine Überraschung, war zu erwarten. Schon skurril, dass ausgerechnet die Gleichgeschalteten immer wieder von Vielfalt fabulieren.

Verwunderlich finde ich, dass der Text der Nationalhymne noch nicht umgeschrieben wurde. Aber das kommt sicher noch. Wäre auch angebracht, denn »Einigkeit und Recht und Freiheit sind 2020 an Corona verstorben«, wie ein X-Nutzer zurecht anmerkte. Hinzu kommt: Wörter wie »Vaterland« und »brüderlich« gehen in diesen irren Zeiten natürlich gar nicht mehr. In Österreich sind sie uns da schon voraus: Dort werden nach einer Textänderung seit 2012 nicht mehr nur die Söhne, sondern auch die Töchter des Landes besungen. Aber was ist mit den 135 anderen Geschlechtern? Schämt Euch!



Wir schreiben das Jahr 2024: Der »Höllensommer des Jahrtausends« macht ein Leben in unseren Gefilden unmöglich. Wir werden alle sterben. Foto: Commons

Manche fragen sich möglicherweise, ob ein Buntland ohne Grenzen überhaupt noch eine Hymne braucht – etwa die Menschen im Ruhrgebiet. Dort ging ein WDR-Reporter im Rahmen der Sendung Westpol am 16. Juni der Frage auf den Grund, warum die AfD in Duisburg-Hamborn, wo sie bei der Europawahl am 9. Juni satte 24 Prozent erreichte, so erstarkt ist und war sichtlich überrascht von dem, was er vor Ort von Bürgern mit Migrationshintergrund (!) zu hören bekam: »Ist das mein Deutschland? Ist das mein Duisburg?«, fragte ein gebürtiger Türke, der befürchtet,

dass seine Stadt in »sieben, acht Jahren« fest in türkischer oder arabischer Hand sein wird. Rechtsextreme würden behaupten, dass dies bereits heute der Fall ist. Zwei andere Männer, ebenfalls mit Migrationshintergrund, die sich an einer Dönerbude einen Imbiss gönnten, stellten fest, dass es vor Ort »keine Deutschen mehr« gibt. Die Grenzen müssten dicht gemacht werden, forderten sie. »Deutschland ist voll.« Ups, der ÖRR trifft die Realität. Wie sagte vor Monaten schon Robert Habeck (Bündnisgrüne): »Wir sind umzingelt von Wirklichkeit.«

Umzingelt von Blöðheit ist man offenbar beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Dieser teilte vor wenigen Tagen auf Instagram Verhaltenstipps im Falle eines körperlichen Angriffs. Um einen Angreifer zu irritieren, könne man beispielsweise vortäuschen, dass man sich übergeben müsse. Na ja, in Anbetracht derartiger Ratschläge kann einem wirklich nur übel werden. Kein Witz: Auch eine vorgetäuschte »plötzliche Blindheit« könne angeblich helfen. »Dann siehste wenigstens nicht, wenn du ins offene Messer rennst«, kommentierte ein Nutzer voller Sarkasmus diesen Vorschlag. Tja, unsere Gebühren bei der Arbeit. Kann man sich nicht ausdenken.

Gilt einmal mehr auch für die Wetterberichte in ÖRR und Konzernmedien: Nicht wenige Menschen dürften aufgrund der ungemütlichen Temperaturen Mitte Juni (!) wieder Heizung oder Kamin angeworfen haben. Auf dem Affenberg in Salem (Baden-Württemberg) sind 80 Prozent der Jungstörche im Dauerregen erfroren. Und was macht die Lügenpresse? »Das Frühjahr in diesem Jahr war in Deutschland das wärmste seit Messbeginn im Jahr 1881«, heißt es etwa auf tagesschau.de. Der Münchner Merkur schreibt Mitte Juni in einem Artikel auf seiner Seite: »Ein Hitzerekord folgt auf

☞ Fortsetzung von Seite 4

den anderen – die vergangenen Monate in Deutschland waren besonders warm.« Uns drohe gar der »Höllensommer des Jahrtausends«. Da hat wohl jemand zu heiß gebadet.

Tolles Zusatzangebot gegen sinkende Quoten? Bei der *Tagesschau* reden sie jetzt in »einfacher Sprache« (täglich zu bewundern um 19 Uhr auf *tagesschau24*). Man passt sich also dem intellektuellen Niveau der noch verbliebenen Zuschauer an. Das klingt dann so: »In Deutschland heißt das Militär Bundeswehr. Bei der Bundeswehr arbeiten Soldaten ...« Dabei wird auf Fremdwörter und weitestgehend auch auf Nebensätze verzichtet, zudem sprechen die Moderatoren langsamer. Wie sagte doch George Orwell einst: »Wer eine Gesellschaft kontrollieren will, muss ihre Sprache steuern.« Sprachverhunzung durch *Gender* reicht wohl nicht mehr. Aus dem Finanzminister wird in der *Tagesschau* nun der Minister für Geld. Und aus dem Wirtschaftsminister? Vermutlich der Minister fürs Abwracken. »Wir haben festgestellt, dass wir in Deutschland etwa 17 Millionen Erwachsene haben, die weder richtig lesen noch schreiben können«, erklärte Marcus Bronheim, Chefredakteur von *ARD-aktuell*.



VOM DÜNKEL DER EIGENEN ÜBERLEGENHEIT

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. jur. Martin Schwab

Einigen Menschen scheint es geradezu ein Urbedürfnis zu sein, sich selbst über ihre Mitmenschen zu stellen. In den vergangenen Jahren hat diese Charaktereigenschaft ganz besonders hässliche Blüten getrieben.

Ein paar junge Menschen auf Sylt haben im Suff schweren Bockmist gebaut. Dafür sind sie wie Schlachtvieh durch die Medien getrieben, gesellschaftlich vernichtet und beruflich ruiniert worden.

Liebe Pharisäer der Neuzeit, verschafft Euch dies Befriedigung? Geht es Euch jetzt besser?

Oder seid Ihr längst wieder zurückgefallen in den Zustand innerer Leere und in den Modus des Selbsthasses, der Euch offenbar antreibt, wenn Ihr die Moralkeule über andere schwingt, weil Ihr es nicht schafft, in Euch selbst zu ruhen und Euch Euren quälenden Selbstzweifeln zu stellen?

Wartet Ihr womöglich gerade schon wieder auf das nächste Opfer, über das Ihr herfallen könnt? Ärgert Ihr Euch vielleicht sogar grün und rot darüber, dass die Volkserziehungskampagne, die im Anschluss an den Sylter Vorfall losgetreten wurde, nach hinten losgegangen ist?

In der Corona-Zeit haben wir die Anmaßung eigener Überlegenheit in beiden Lagern erlebt. Befürworter von *Lockdowns* und AHA-Regeln schalten deren Gegner als unsolidarisch und verantwortungslos. Als dann die Covid-Injektionen auf dem Markt waren, schlug jenen, die sich dem

Passt irgendwie zum Ergebnis der letzten Pisa-Studie, bei der deutsche Schüler so schlecht wie noch nie abgeschnitten haben. Das »beste Deutschland aller Zeiten« auf dem Weg in die Dritte Welt?

Einen maßgeblichen Anteil an dieser Entwicklung haben ohne Zweifel die Bündnisgrünen. Annalena Baerbock hält das jedoch nicht davon ab, sich für höhere Aufgaben berufen zu fühlen: Sie will Kanzlerin werden, wie sie jüngst in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* ankündigte. Klar, und der 1. FC Köln, gerade erst in die 2. Fußball-Bundesliga abgestiegen, peilt die *Champions League* an. Es wäre das erste Mal, dass die sogenannten »Sonstigen« einen Kanzler stellen würden, denn spätestens 2025 dürften die Grünen zu einer Splitterpartei verkommen sein, im Osten der Republik sind sie es schon jetzt. Aber das muss die Außenministerin ja nicht jucken. »Abgehobener als Major Tom, selbstverliebter als ein 17-jähriges ›Top Model‹ und unrealistischer in Sachen eigener Sieges-Chancen als Al Bundy«, kommentierte *Tichys Einblick* ganz treffend. Arme Annalena ...



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

angeblichen Heilsversprechen verweigerten, eine Rhetorik entgegen, die an finsternste Zeiten erinnert. So enthält der berüchtigte Blinddarmvergleich von Sarah Bosetti eindeutig Nazi-Vokabular. Und ein »drmikemueller« twitterte am 16. Juni 2021: »Entweder es gibt für Euch Schwurbler irgendwo Gaskammern oder es gab im Dritten Reich keine Gaskammern« – ganz klar strafbare Volksverhetzung. Die Beispiele gruseliger Feindbildrhetorik ließen sich beliebig vermehren.

GESUNDE SKEPSIS

Aber auch im Lager der Gegner waberte der Überlegenheitsdünkel: Manche von ihnen hielten sich für »die Aufgewachten« und machten sich über die »Schlafschafe« lustig, die ja so blöd seien, immer noch auf die Regierungspropaganda hereinzufallen. Ich muss gestehen: Ich empfinde es eher als Geschenk, dass ich Politikern und Konzernmedien von Anfang an misstraut habe. Propaganda ist gerade dann erfolgreich, wenn die Mehrheit sie nicht als solche erkennt. Soll ich anderen Menschen vorwerfen, sie hätten nicht durchschaut, dass sie manipuliert wurden? Wer kann denn sicherstellen, dass er selbst nicht anfällig für Manipulationen ist? Ich selbst habe zwar bei Corona rasch gemerkt, dass etwas nicht stimmt. Beim Klima habe ich hingegen Jahrzehnte gebraucht, bis ich anfang, kritische Fragen zu stellen oder auch nur zuzulassen.

Und natürlich warfen sich beide Lager gegenseitig vor, Widersprüche im jeweils eigenen Denken nicht zu erkennen beziehungsweise auszublenden, den Diskurs zu verrohen und für Argumente nicht zugänglich zu sein. Sehr bald nach dem Beginn der Corona-Zeit war ein Zustand erreicht, in der niemand mehr dem anderen zuhörte oder sich gar mit dessen Argumenten auseinandersetzte. Das Motto lautete stattdessen: »Ich habe recht, und Du bist Hitler!« Der eigenen Überhöhung korrespondierte die Entmenschlichung Andersdenkender.

Letzteres Phänomen habe ich allerdings tatsächlich bei den Befürwortern der



Demokratin setzt Prioritäten. Foto: Georgi Belickin/Dw

Corona-Politik deutlich öfter und intensiver beobachten können als bei den Gegnern. Bei Letzteren war das Bedürfnis, dass die Gesellschaft wieder zusammenwächst, nach meinem Eindruck stärker ausgeprägt. Ich erinnere mich an ein Schild, das bei einer Demonstration in Düsseldorf im Februar 2022 hochgehalten wurde: »An alle Geimpften, die demnächst wieder als ungeimpft gelten: Willkommen zurück!« Von Erich Fried stammt der folgende Text.

»Die Faulen werden geschlachtet,
die Welt wird fleißig;
Die Hässlichen werden geschlachtet,
die Welt wird schön;
Die Narren werden geschlachtet,
die Welt wird weise;
Die Kranken werden geschlachtet,
die Welt wird gesund;
Die Alten werden geschlachtet,
die Welt wird jung.
Die Traurigen werden geschlachtet,
die Welt wird lustig;
Die Feinde werden geschlachtet;
die Welt wird freundlich.
Die Bösen werden geschlachtet,
die Welt wird gut.«

Erich Fried beschreibt damit treffend das Dilemma: Wer soll denn entscheiden, wer gut und wer böse ist? So mancher hätte jenen Text in der Corona-Zeit gerne fortgeschrieben: »Die Ungeimpften werden geschlachtet, die Welt wird immun.« Zum Glück hat sich das nicht durchgesetzt.

Demokratie lebt vom Dissens. Widerstrebende Positionen müssen einander auf Augenhöhe begegnen. Keine Instanz ist befugt, Meinungen in »gut« und »schlecht« einzuteilen. Wer sich eine solche Befugnis anmaßt (was leider vor allem in der Corona-Zeit oft geschehen ist), hat sich vom Boden des demokratischen Diskurses entfernt. Gerichten und Staatsanwälten ist es rechtlich verwehrt, bei der juristischen Bewertung von Meinungsäußerungen mit zweierlei Maß zu messen. Auch das wird leider aktuell auf breiter Fläche missachtet. Überlegenheitsdünkel ist längst zu einem Rechtsproblem geworden. Nämlich zu einer Gefahr für die freiheitliche Demokratie.

MELDUNG

DREYER: RÜCKTRITT

Mainz/DW. Wie am 19. Juni 2024 bekannt wurde, ist die rheinland-pfälzische Regierungschefin Malu Dreyer zurückgetreten. Ihr fehle die körperliche Energie für die Regierungsaufgaben. 1995 wurde bei der SPD-Politikerin Multiple Sklerose diagnostiziert. Für das Versagen bei der Ahrtal-Flut hat sie sich bis heute nicht entschuldigt. Ihr Nachfolger soll Alexander Schweitzer (SPD) werden. (kmü)

GÖRING-ECKARDTS RASSISMUS UND WEITERE ENTGLEISUNGEN


Berlin/DW. Und diese Frau ist Bundestagsvizepräsidentin! Nachdem die deutsche Nationalmannschaft bei der Fußball-EM am 19. Juni 2024 durch einen 2:0-Sieg gegen Ungarn vorzeitig das Achtelfinale erreichte hatte, sorgte Katrin Göring-Eckardt (Grüne) in den sozialen Medien für eine Welle der Empörung. Nach Abpfiff des Spiels schrieb sie auf X: »Diese Mannschaft ist wirklich großartig. Stellt euch kurz vor, da wären nur weiße deutsche Spieler.« Etliche X-Nutzer warfen ihr daraufhin Rassismus vor. Göring-Eckardt löschte den *Tweet* später und entschuldigte sich.

In den Tagen zuvor waren bereits andere rot-grüne Politiker mit asozialen Äußerungen aufgefallen. Im Berliner Abgeordnetenhaus sorgte Tuba Bozkurt (Grüne), Sprecherin der Fraktion für Antidiskriminierung, am 6. Juni für einen Eklat: Nachdem Innensenatorin Iris Spranger (SPD) über den Messerangriff von Mannheim gesprochen hatte, rief Bozkurt dazwischen: »Mannheim ist tot!« Daraufhin folgte Gelächter aus der Grünenfraktion. Später legte Bozkurt ihr Amt im Präsidium des Abgeordnetenhauses nieder. Ein Ex-Polizist erstattete laut *Bild* Anzeige gegen sie wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Billigung und Belohnung von Straftaten.

Am 12. Juni rief Daniela De Ridder (SPD bei einer parlamentarischen Sitzung im Zusammenhang mit dem Polizistenmord von Mannheim während einer Befragung von Cem Özdemir (Grüne): »Er ist aber nicht im Schweinestall gestorben.« De Ridder erhielt eine Rüge – von Göring-Eckardt. (kmü)

BUYX ZEIGT CORONA-KRITIKER AN

Berlin/DW. Weil Professor Stefan Homburg auf X schrieb, dass »Buyx faselt«, wurde er von der früheren Ethikratsvorsitzenden Alena Buyx wegen des Vorwurfs der Beleidigung angezeigt, weshalb er von der Polizeidirektion Hannover vorgeladen wurde. Dies hatte der Finanzwissenschaftler selbst am 11. Juni auf X mitgeteilt. Im besagten *Tweet* hatte Homburg am 12. April 2024 geschrieben: »Buyx faselt ständig von der nächsten ›Pandemie‹. Sie wollen das Spiel offenbar mit verfeinerten Methoden wiederholen. Der WHO-Vertrag macht's möglich.«



Leuchtturm
ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR • Regional Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media Dacks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio
• Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
DÜSSELDORF: Ab Dienstag 19.00 • WDR Regional • Fairtalk Talkshow
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALLMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – AU IN DER HALLERTAU, 18 Uhr Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CASTROP RAUXEL, 18:30 Uhr, am Reiterbrunnen – DETTENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus – DINGOLFING, 18 Uhr, bei Expert auf dem Parklatz – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EGGENFELDEN, 18 Uhr, am Stadtplatz – ELSM-HORN, 18:30 Uhr, am Rathaus – FREUDENSTADT, 18 Uhr, Stadtkirche – FRICKINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GADEBUSCH, 18 Uhr, am Markt – GAILDORF, 18:30 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAIGERLOCH, 18 Uhr, am Rathaus – HARSEWINKEL, 18 Uhr, am Rathaus – ILLERTISSEN, 18 Uhr, am Rathaus – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KAHL AM MAIN, 18 Uhr, am Rathaus – KARLSFELD, 18 Uhr, am Rathaus – KÖNIGSWINTER, 18 Uhr, am Rathaus – LAICHINGEN, 19 Uhr, am Marktplatz – LAUCHHAMMER, 18 Uhr, am Dietrich-Heßmer-Platz – MARIENBERG, 19 Uhr, am Markt – METZINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – MEUSELWITZ, 18 Uhr, am Markt – NECKARTAILFINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – OBERAMMERGAU, 19 Uhr, am Rathaus – PINNEBERG, 18:30 Uhr, am Rathaus – RITTERHUDE, 18 Uhr, am Rathaus – SAULGRUB, 18 Uhr, Rathaus – ZEVEN, 18 Uhr, Rathaus.






KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!
ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOJIT • WIKILEAKS U.A.
WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG		
Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de		
Sa, 22.6.2024 17:20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 22.6.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 22.6.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 22.6.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 22.6.2024 14-16 Uhr	Freiburg, Konrad Adenauer Platz, gegenüber vom Konzerthaus	Demoaufzug
Sa, 22.6.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 22.6.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 22.6.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausmarkt	Spaziergang
Sa, 23.6.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 24.6.2024 19:20-30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19:20-30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlsborst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 24.6.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 24.6.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 24.6.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 24.6.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Alldorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Githorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19 Uhr	Häxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Marx/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19:20-30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 24.6.24 18-19:30 Uhr	Solingen, Am Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 24.6.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Tettngang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Vatersletten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19:20-30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 24.6.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 24.6.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 24.6.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 24.6.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 25.6.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 25.6.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 25.6.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 25.6.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 25.6.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 26.6.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 26.6.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 26.6.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 26.6.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 26.6.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 26.6.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 26.6.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 26.6.2024 19:20-30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 26.6.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 26.6.2024 19:20-30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 26.6.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 27.6.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 27.6.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 27.6.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 27.6.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 27.6.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 27.6.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großaueheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 27.6.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 27.6.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 27.6.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 27.6.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 28.6.2024 18-19:30 Uhr	Bielefeld, Jahnplatz	Spaziergang
Fr, 28.6.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 29.6.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 29.6.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 29.6.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 29.6.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 29.6.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 29.6.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Mo, 1.7.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mi, 3.7.2024 15-16:30 Uhr	Bielefeld, Rathausplatz	Spaziergang
Sa, 6.7.2024 18-20 Uhr	Minden, an der Martinitrepppe beim Rathaus	Demo
Sa, 6.7.2024 14-16 Uhr	Konrad-Adenauer-Platz, am Konzerthaus	Demoaufzug
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegestäule	GRÖßEDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.
Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> • [NEWSLETTER ABONNIEREN](#)



QUERDENKER
GERICHTSHOF

SPAHN DREHT DURCH

Im 729. NichtOhneUns.de-Newsletter der Gründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung vom Donnerstag heißt es wie folgt.

An führender Stelle verantwortlich dafür, dass es diesen per-versen Prozess gegen den mutigen Arzt und großen Bürger-rechtler Dr. med. Walter Weber überhaupt gibt, ist der Lüg-ner JenS Spahn (CDU). Der Bundesgesundheitsminister der Jahre 2018 bis 2022 ist durch 177 Ausgaben der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) und spätestens nach Veröffentlichung der RKI-Protokolle durch unsere Kollegen von Multipolar als systematischer Lügner entlarvt, der nicht nur mit Grundgesetz, Menschenrecht, Nürnberger Kodex und Zehn Geboten brach, sondern als politisch direkt Verantwort-licher für die Vorgänge steht wie nur wenige andere, die al-lein laut EMA zu mindestens 25.000 Totgespritzten und über 660.000 Verkrüpperkten führten.

Zuletzt wies er unsere Kollegen von NTV an: »Die Corona-Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof werden!« Daraufhin riefen wir selbstverständlich das Corona-Tribu-nal, den Querdenkergerichtshof aus, der nun am 2. August 2024 definitiv in Berlin in öffentlicher Verhandlung eröff-net werden wird. Das wurmt den Karrieristen, der mögli-cherweise einer der größten Verbrecher seit 1945 in deut-schen Landen ist.


SS-KARRIERIST UND ZWISCHENZEITLICHER TYRANN

Spahn will nun deshalb gegen den Journalisten, Verle-ger und früheren Staatstheaterdramaturgen Anselm Lenz vorab einen staatlich finanzierten Schauprozess durchfüh-ren lassen. Noch immer geht es um die Veröffentlichung Spahns windiger Immobiliendeals im Sommer 2020, als er vom umstrittenen damaligen US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, für seine Dienste eine Berliner Prachtvilla in Dahlem teilweise »geschenkt« bekam. (...)

Der CDU-Politiker hat sich mittlerweile von der Immobilie getrennt. »Das Anwesen ist nie ein »Rückzugsort« gewor-den«, trauerte Spahn zuletzt gegenüber der Hamburger Nachrichtenillustrierten Der Spiegel. Spahn verkaufte die teilweise geschenkte Villa 2023 nach nur drei Jahren laut dem Magazin für 5,3 Millionen Euro. Eben dieser Lebe-mann, SS-Karrierist und zwischenzeitliche Tyrann will nun selber vor Gericht erscheinen und zwar am 11. Juli 2024, 13 Uhr, Landgreicht Berlin 1, Turmstraße 91, 10559 Berlin, Saal 3/729 – bis auf Weiteres mutmaßlich, um sich bei An-selm Lenz, Walter Weber und weiteren nach vorliegender Faktenlage in aller Form, ausdrücklich und möglicherweise unter Tränen um Verzeihung zu bitten.

Richterin Dr. Farivar Meemar soll die Hauptverhandlung leiten, Lenz wird unter anderem von Menschenrechtsan-walt Eberhard Schultz aus dem Haus der Demokratie und Menschenrechte begleitet. Weitere Kollegen, Zeugen aus Spahns Vergangenheit, Berichterstatter, Prozessbeobachte-rinnen und Menschenrechtsorganisationen aus Frankreich, Burkina Faso und Kanada haben sich bereits angekündigt, weitere sind auch ausdrücklich willkommen.

Sodenkamp, Lenz und Kollegen können bitte hier unter-stützt werden: Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlags-haus; IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64; BIC: WELA-DED1UMP; Verwendungszweck: Crowdfunding



Das Kapitalismustribunal stellte ab 2016 die Quittung für die Neoliberale Epoche aus. Zeichnung: Lambea/Voigt

VERURTEILT! ABER VORERST FREI

Zum Richtspruch gegen die Mut-Ärztin Dr. Bianca Witzschel | Von Wolfgang Graetz

Am 17. Juni 2024 wurde in Dresden das Urteil gegen die Ärztin Dr. Bianca Witzschel gesprochen. Das Verfahren war grotesk, eines selbsternannten Rechtsstaats unwürdig und in weiten Teilen menschenverachtend.

Inhaftiert wurde die Ärztin Dr. Bianca Witzschel am 28. Februar 2023. Im Verfahren wurde klar, dass dieser Verhaftung bereits eine monatelange Observierung vorausgegangen war. Ganze 476 Tage wachte Bianca Witzschel daraufhin im Gefängnis auf, bis überhaupt ein Urteil vorlag.

Ihr wurde in den zahlreichen Verhandlungstagen die Ausstellung von »falschen« Masken- und Impfbefreiungssattesten vorgeworfen. Mehrmalig wurde die aufrechte Ärztin dabei mit Hand- und Fußfesseln, bei einer Körpergröße von 1,58 cm und 67 Lebensjahren, in den Gerichtssaal gebracht! Als Verhandlungsort hatte man sich einen Neubau ausgesucht, der für Terroristenverfahren konstruiert worden war.

Mit welcher frenetischen Akribie der Staat beziehungsweise seine Justiz versucht hatte, dieser Ärztin weitere »Schuldigkeiten« zuzusprechen, belegten im Gerichtssaal unter anderem die Zeugenaussagen von drei Polizisten, die sich laut ihrem Auftrag über Monate ausschließlich mit der Auswertung von Computerdaten von Frau Dr. Witzschel befasst hatten. Aber dem nicht genug.

WIE MAN EINE HEXE ERSCHAFFT

Die Justiz hatte ganze drei Haus- und Grundstücksdurchsuchungen durchgeführt und offerierte dann der Öffentlichkeit, dem Richter und den zahlreichen Unterstützern für Frau Dr. Witzschel im Gerichtssaal die »deutlich asozialen Zustände, in denen die Ärztin gelebt« haben sollte. Die präsentierten Fotografien waren wohl gemerkt nach der Durchsuchung durch die Polizei aufgenommen worden. Diesen Umstand verschwieg die Staatsanwaltschaft konsequent.

Im Abschlussplädoyer des Staatsanwalts stapelten sich am 11. Juni 2024 die »kriminellen Vergehen« der aufrechten Ärztin Dr. Bianca Witzschel regelrecht auf. Patronen, im Garten gefunden – Überbleibsel ihres verstorbenen Ehemannes, der Jäger gewesen war – wurden ihr zur Last gelegt. Und das Wichtigste natürlich: Sie wurde als »Reichsbürgerin« identifiziert. Ein Vorwurf, den sowohl Bianca Witzschel als auch ihre Anwälte mehrmalig und bestimmt zurückwiesen. Kriminelle Bereicherung sagte ihr der Staatsanwalt in mehrfacher Tateinheit nach. Deutschlandweit habe die Angeklagte angeblich ihren »Kundenstamm« aufgebaut und »Gefälligkeitsatteste« an den Mann oder Frau gebracht. Das alles, so der Staatsanwalt, ohne jedwede fachliche Untersuchungen, teilweise sogar, ohne je den »Kunden« gesehen zu haben.

Allein die Aufzählung der »Vergehen« dauerte. Am Ende des Plädoyers forderte die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von insgesamt vier Jahren plus acht Monaten sowie Berufsverbot für die Dauer von vier Jahren, die Aberkennung ihres Dokortitels, eine Schuldzuweisung von rund 47.000 € und, und, und.



Dr. Bianca Witzschel wird am 17. Juni 2024 vor den Toren des Gefängnis von Demokraten empfangen und gefeiert. Foto: Bildschirmfoto/Weichreite_Yt

Gelernte DDR-Bürger fühlen sich an ein Staatsgebaren erinnert, wegen dem man 1989 auf die Straße gegangen war. Die Mielke-Befehle der DDR-Zeit, also die Weisungen des berüchtigsten Ministers der SED-Regierung, sahen vor: »vollständige Zerstörung des Gegners, des Individuums«. – Ist das im heutigen Sachsenland des Ministerpräsidenten Kretschmer (CDU) immer noch existent? Diese Frage stelle ich diesem weiter.

HAMMERSCHLAG GEGEN DEN RECHTSSTAAT

Am 17. Juni 2024 wurde im Gerichtssaal des Oberlandesgerichtes Dresden – im Hammerweg – das Urteil gegen die Angeklagte gesprochen. Dieser Tag sollte aber auch in die »Geschichte« des Gerichtes und seines neuen Terror-Gerichtssaals eingehen.

Das Urteil lautete: Zwei Jahre und acht Monate Haft. Innerhalb der Urteilsverkündung kam der lautstarke Ausspruch eines Unterstützers: »... und so vielen Menschen hat diese Ärztin das Leben gerettet!« Dies war der Zündfunke, der die Stimmung im Gerichtssaal in Bezug auf dieses Schandurteil zum Explodieren brachte. Der Saal, besetzt mit rund 125 Unterstützern, musste mit starker zusätzlicher Polizeipräsenz geräumt werden. – Bestimmt einmalig für den Richter Sch. und den weiteren Justizbevollmächtigten. Die Proteste setzten

sich vor dem Gerichtsgebäude fort und auch hier schritt die Macht des Staates ein.

Mit sofortiger Wirkung wurde der Angeklagten im Anschluss »Freiheit auf Zeit« gegeben und Dr. Bianca Witzschel konnte den Gerichtssaal vorerst Richtung Freiheit verlassen, wo sie von Unterstützern in Empfang und in die Arme genommen wurde. Bis zum Antritt der nun auch richterlich ausgesprochenen Haftstrafe darf sie freie Luft ohne Gitter schnuppern. Jegliche berufliche Ausübung ist ihr indes nicht gestattet und ihr ist eine Meldepflicht auferlegt. Ihre Anwälte werden gegen das Urteil Revision beim Bundesgerichtshof einlegen.

Bereits die bisherige Haft von knapp einem Jahr und vier Monaten war Folter gegen eine politische Gefangene. Unser aller Protest darf gegen solche politische Willkür nie aufhören. Eine angemessene Entschädigung für sämtliche durch diese Inhaftierung verursachten Schäden an Leib und Leben und dem materiellen Verlust ist durch das Bundesland, vertreten durch Ministerpräsidenten Kretschmer, dieser mutigen Ärztin zu ersetzen.

Wolfgang Graetz, Dipl. Ing. Bau, jetzt Rentner; ehemaliger politischer Häftling in der SBZ/DDR, freigekauft von der BRD Ende 1988, unterstützt Dr. Bianca Witzschel seit ihrer Inhaftierung und begleitete den langen Gerichtsprozess Sitzung für Sitzung.

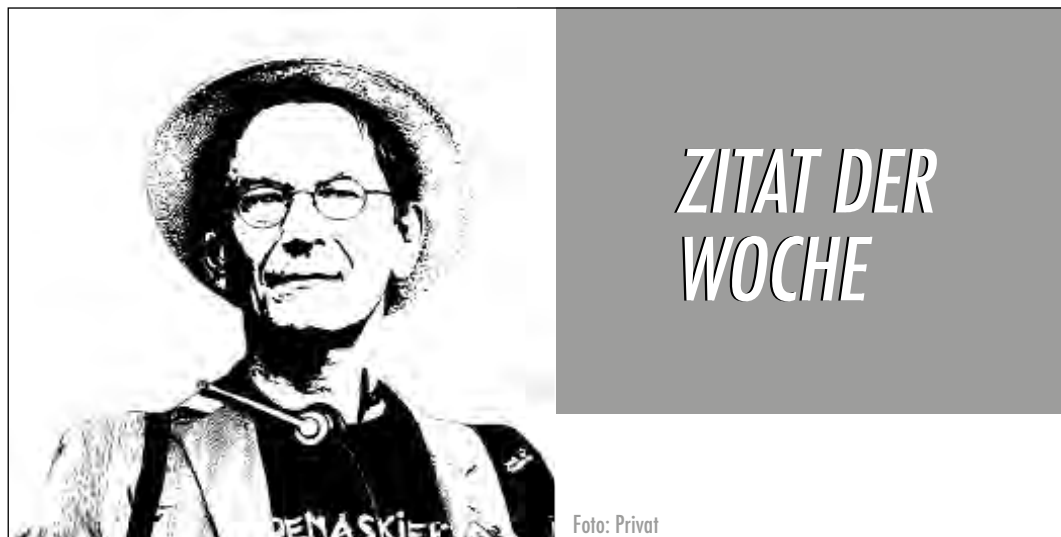


Foto: Privat

**»Befehlsverweigerung schafft Helden!
Blinder Gehorsam eigentlich nie.«**

Dr. Bodo Schiffmann am 18. Juni 2024 in seinem Telegramkanal



Seit dem 28. März 2020 trifft sich die Demokratiebewegung für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf den Straßen und Plätzen der Republik. Hier Bamberg am 17. Juni 2024. Foto: Karl Napf/DW



Schmölln am 17. Juni 2024. Foto: Telegram/der Thüringer



Pforzheim geht am 17. Juni 2024 voran. Foto: Videostill/Telegram



München steht auf am 19. Juni 2024. Foto: Videostill/Telegram



Erfurt am 17. Juni 2024. Foto: Videostill/Demobilder



Landsberg am Lech am 17. Juni 2024. Foto: Videostill/Rolf Kron



Halle am 17. Juni 2024. Foto: Bewegunghalle.de/Telegram



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.
- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.
- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.
- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.
- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.
- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.
- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.
- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.
- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.
- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.
- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

Die Antwort eines Lügners

»Dass überhaupt eine Antwort gekommen ist, ist sicher für die vielen Leute zu verdanken, die mitgemacht haben«, grüßt Marianne Grimmerstein in die DW-Leserschaft und die DW-Redaktion. Zu unserer Briefaktion.

In #DW175 hatte die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) gemeinsam mit der Lehrerin und Bürgerrechtlerin Marianne Grimmerstein-Balas (United for Freedom) zur Beteiligung an einem Schreiben zum Ausschneiden und Absenden an die Rundfunkanstalten aufgerufen (#DW175 vom 25. Mai 2024, Seite 7).

Mit Datum vom 3. Juni 2024 traf nun die Antwort von Kai Gniffke ein, deutscher Rundfunkfunktionär (SPD) und Propagandist. Er war von 2006 bis 2019 »Erster Chefredakteur« von ARD-aktuell und somit auch der Tagesschau und der Tagesthemen. Seit 1. September 2019 ist er Intendant des Südwestrundfunks (SWR) und seit 1. Januar 2023 Vorsitzender der ARD.



Die Aktionsseite in #DW175. Bild: DW

»Sehr geehrte Frau Grimmerstein-Balas, danke für Ihr Schreiben, in dem Sie unter anderem eine Aufarbeitung der Corona-Krise fordern. In meiner Funktion als ARD-Vorsitzender antworte ich Ihnen gerne stellvertretend auch für die anderen von Ihnen angeschriebenen Landesrundfunkanstalten der ARD. Ich bitte Sie jedoch um Verständnis, dass ich nicht auf jedes Detail Ihres Schreibens eingehen kann und mich daher auf die wesentlichen Kernpunkte beschränken werde.

Zunächst möchte ich Ihnen versichern, dass wir uns unseres gesellschaftlichen Auftrags und der damit verbundenen Verantwortung sehr bewusst sind. Unsere Aufgabe ist es, objektiv und unvoreingenommen zu berichten und so zum Gelingen des demokratischen Diskurses in der Gesellschaft beizutragen. Diese Aufgabe nehmen wir sehr ernst. Als seriöse Journalistinnen und Journalisten berichten wir über Tatsachen und sind der Wahrheit verpflichtet. Behauptungen, Aussagen und Studien ohne nähere Belege und Einordnungen haben in unseren Angeboten nichts verloren. Für die Beurteilung von Fachfragen ziehen wir Expertinnen und

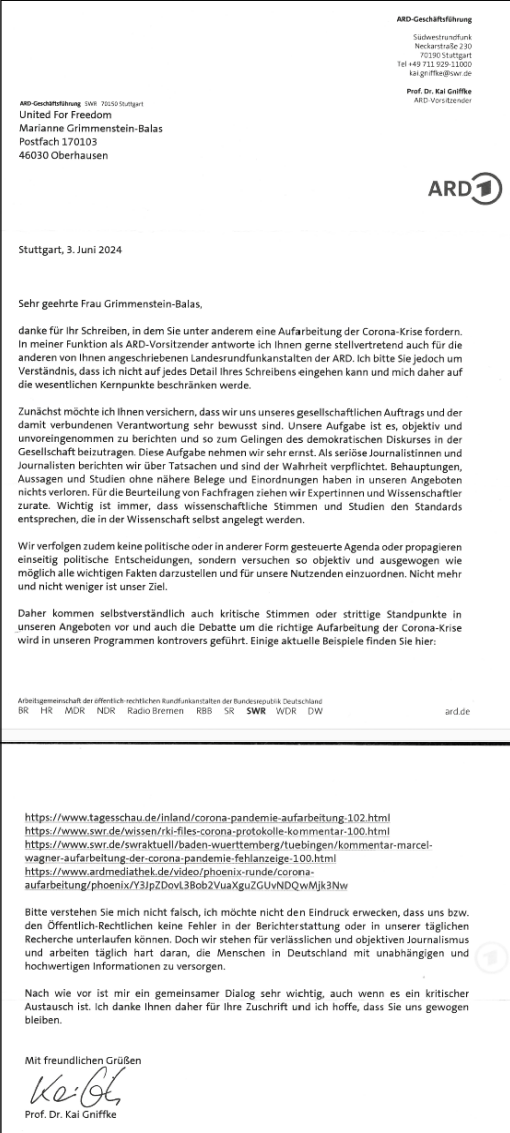


Abbildung des Scans von Gniffkes Schreiben. Foto: Grimmerstein/DW

Wissenschaftler zurate. Wichtig ist immer, dass wissenschaftliche Stimmen und Studien den Standards entsprechen, die in der Wissenschaft selbst angelegt werden. Wir verfolgen zudem keine politische oder in anderer Form gesteuerte Agenda oder propagieren einseitig politische Entscheidungen, sondern versuchen so objektiv und ausgewogen wie möglich alle wichtigen Fakten darzustellen und für unsere Nutzenden einzuordnen. Nicht mehr und nicht weniger ist unser Ziel. Daher kommen selbstverständlich auch kritische Stimmen oder strittige Standpunkte in unseren Angeboten vor und auch die Debatte um die richtige Aufarbeitung der Corona-Krise wird in unseren Programmen kontrovers geführt. Einige aktuelle Beispiele finden Sie hier:

<https://www.tagesschau.de/inland/corona-pandemie-aufarbeitung-102.html>; <https://www.swr.de/wissen/rki-files-corona-protokolle-kommentar-100.html>; <https://www.swr.de/baden-wuerttemberg/tuebingen/kommentar-marcelwagner-aufarbeitung-der-corona-pandemie-fehlanzeige-100.html>; <https://www.ardmediathek.de/video/phenix-runde/corona-aufarbeitung/phenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvNDowMjk3Nw>

Briefe an die Redaktion

SAH EIN SCHWAB
VIEL' MENSCHLEIN STEHN

Ich bin Jahresabonnent seit der 99. Ausgabe. Toll, wie Ihr das schafft! Anbei sende ich Euch einen Gedichtband von mir als Rezensionsexemplar. Die Wahrheit wird sich nicht mehr lange verbergen lassen.

»IM WILLKÜR-LAND

In meinem Land,
da lief ein Band,
tönt' endlos von der Seuche.
Wem nützen diese Bräuche?
Es braucht Verstand
in diesem Land.

Mein teuer Land!
Ich hatt' erkannt
das Spiel, das feig' getrieben,
die, die unterschrieben
zu uns'rer Schand'.
Nicht euer Land!

Auf Trauer-Land
ein Grab ich kann't'.
Das ließ mich tiefer blicken.
Ein Bläumlein durft' ich pflücken,
das ich noch fand
im Schauer-Land.
Auf freiem Land
ein Ritter stand.
Da stand still das ganze Land.
Der sprach Recht mit harter Hand.

Jetzt sieht die Band'
'ne Gitterwand.«

– Dietrich Dichtemann, »Sah ein Schwab' viel Menschlein steh'n; Menschlein auf der Weide«, Tredition, ISBN: 9-783384-165558

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

[instagram.com/demokratischerwiderstand](https://www.instagram.com/demokratischerwiderstand)

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

[facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung](https://www.facebook.com/DemokratischerWiderstandZeitung)

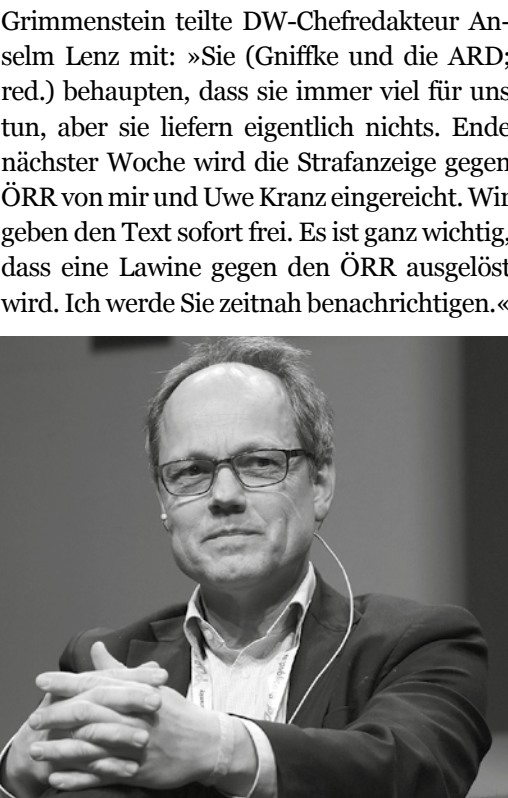
[youtube.com: Demokratischer Widerstand](https://www.youtube.com/DemokratischerWiderstand)

<https://www.swr.de/swr-aktuell/baden-wuerttemberg/tuebingen/kommentar-marcelwagner-aufarbeitung-der-corona-P-andemie-fehlanzeige-100.html>; <https://www.ardmediathek.de/video/phenix-runde/corona-aufarbeitung/phenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvNDowMjk3Nw>

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, ich möchte nicht den Eindruck erwecken, dass uns bzw. den Öffentlich-Rechtlichen keine Fehler in der Berichterstattung oder in unserer täglichen Recherche unterlaufen können. Doch wir stehen für verlässlichen und objektiven Journalismus und arbeiten täglich hart daran, die Menschen in Deutschland mit unabhängigen und hochwertigen Informationen zu versorgen.

Nach wie vor ist mir ein gemeinsamer Dialog sehr wichtig, auch wenn es ein kritischer Austausch ist. Ich danke Ihnen daher für Ihre Zuschrift und ich hoffe, dass Sie uns gewogen bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Kai Gniffke



Er bekommt mehr als 400.000 Euro im Jahr von den GEZ-Zählern überwiesen – plus Spesen, Fahrdienst, persönliche Assistenten und so weiter und so fort: Antwortbriefschreiber Gniffke im Jahr 2018 bei der Berliner Internet-Messe »Republica«. Foto: Sandro Halank/CC

Klatsche für die Kriegstreiber

Von Klaus-Jürgen Bruder

Die EU-Wahl zeige eine »Rechtsentwicklung«, so lautet die Einschätzung der Staatsmedien. Linke behaupten sogar, »Dreiviertel aller Wähler [haben] für den Kriegsblock gestimmt« (1), »viele Menschen wollen Frieden ... Trotzdem wählen sie die Parteien des Monopolkapitals, das Krieg führt und droht, Deutschland zum Kriegsschauplatz zu machen« (2).

Das ist eine falsche, tendenziöse »Analyse«. Den Krieg haben SPD, Grüne und FDP begonnen und führen ihn immer noch. Der »Kriegsblock« besteht also aus SPD, Grünen und FDP. Sie haben laut Statista 13,9 + 11,9 + 5,2 Prozent der Stimmen erhalten, das sind 31 Prozent (3). Selbst wenn man die CDU/CSU noch dazu rechnet, kommt man nicht auf Dreiviertel. Auf Dreiviertel kommt man erst, wenn man die 15,9 Prozent der AfD dazu rechnet.

Das ist aber gerade die Verkehrung der Realität, tendenziös, eine Lüge. Die AfD gehört gerade zu den Kritikern der Kriegspolitik, ja sie ist die einzige parlamentarische Stimme gegen den Krieg. Die Linke gerade nicht. Sie stimmt wie damals 1914 die SPD für weitere Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet. Gehörte nicht sie viel eher zum »Kriegsblock«?

Die Stimmen gegen den Krieg erreichen mit AfD und Wagenknecht 15,9 + 6,2 = 22,1 Prozent. Der Abstand zu den Stimmen des tatsächlichen Kriegsregimes beträgt weniger als 10 Prozent. Er ist wahrscheinlich noch geringer, wenn man die Stimmen dazu rechnete, die unter die 5 Prozent der Kleinstparteien und die der als ungültig abgegebenen Stimmen fallen. Die Stimmenanteile dieser beiden Gruppen sowie Anteile der 35 Prozent Nichtwähler kann man ohne weiteres zu denen zählen, die die gegenwärtige Politik nicht durch ihre Wahl unterstützen. Damit erhöhte sich der Anteil der Kritiker oder Gegner erheblich.

Nicht zu wählen, kann ganz unterschiedlich begründet sein. Sicher ist aber in jedem Fall, dass sie der Wahl nicht die Bedeutung zuschreiben, die ihr öffentlich zugeschrieben wird, und zwar, dass der Wähler mit seiner Stimme einen Einfluss auf die Politik ausübe. Diese Illusion wird von allen Parteien, die sich zur Wahl stellen, gefördert. So schreibt zum Beispiel ausgerechnet Sahra Wagenknecht auf ihren Plakaten bedenkenlos manipulativ: »Krieg oder Frieden – Sie haben die Wahl«. Ein großer Teil der Nichtwähler wird dieser Täuschung nicht verfallen.

HERGESTELLTE VERHÄLTNISSE

Aber auch die Interpretation der Wahlergebnisse selbst muss sich von dieser Illusion freihalten. Wenn die DKP schreibt, »die Menschen wollen Frieden, trotzdem wählen sie die Kriegsparteien«, so befördern sie diese Illusion. Und kommen nicht auf die Idee, dass eine Wahl die Möglichkeiten, seine Wünsche auszudrücken, auf das Angebot einschränkt. Das ist gerade die Funktion des Parlamentarismus, der mit der Wahl die Bürger an ihrer eigenen Beherrschung teilnehmen lässt. So ist die



Demokratinnen zeigen, was sie von einer freien und sozialen Bundesrepublik für sich, ihre Angehörigen und die Gesellschaft erwarten. Und wie das zu erreichen ist: durch konsequenten Widerstand. Foto: Georgi Belickin/DW

Stimmenverteilung im Parlament ein Ausdruck dieser Herrschaft. Und solange wir im Kapitalismus leben, hat das Kapital selbstverständlich die Mehrheit der Stimmen im Parlament. Eine Veränderung dieser Verhältnisse, der Herrschaftsverhältnisse, läuft nicht über das Parlament, das nur der Spiegel der Verhältnisse ist. Die vielzielierte »Rechtsentwicklung« ist Teil dieses Spiegels, hergestellt durch die herrschende Politik, nicht durch die Wähler!

Vor diesem Hintergrund, dass die Stimmen im Parlament die Machtverhältnisse widerspiegeln, ist es aus einem weiteren Grund falsch, die augenblicklichen Prozentzahlen der Wählerstimmen zur Grundlage zu nehmen. Man muss vielmehr die Veränderungen zu vorangegangenen Wahl berücksichtigen. Auf diese Weise kann man feststellen, dass alle drei Kriegsparteien zum Teil beträchtliche Verluste hinnehmen mussten, die Grünen sogar 8,6 Prozentpunkte, ihr Stimmenanteil wurde gegenüber 2019 halbiert! (4)

Anders als die »offiziellen« Wahlanalysen und die der Linken kann man also ganz im Gegenteil festhalten, die Kriegstreiber erhielten eine saftige Abfuhr. Das ging ja schnell! So schnell können Illusionen platzen, oder so kurz sind die Beine, die Lügen haben. Die Anstrengungen waren ja überwältigend. Die Ergebniseadressen der Demonstrations-Inszenierungen »gegen Rechts«. Und nun? Weiter so?

Und was hatten sie nicht alles gemacht, denken wir nur an die Aufforderung, WhatsApp zur Denunziation zu benutzen, an die bewusste und absichtliche Verwechslung der Kritik als Angriff auf die Demokratie, die Verfolgung der Kritik in den Sozialen Medien als »Hass und Hetze«, die Verkehrung nach dem schäbigen Prinzip des »Haltet den Dieb!«, die Verurteilung der Spaltung der Gesellschaft, die sie selber betrieben. Man könnte, man müsste es als das bezeichnen, als was sie das bezeichnen, wovor sie abschrecken wollen.

Der »Kampf gegen Rechts« schien ja auch für die Staats-Linken, die bereits während der Zeit des Corona-Putsches auf die Seite des Staates gewechselt waren, wieder als Möglichkeit, ihren Seitenwechsel als »links« vertreten zu können; er war ja ebenso wie die Antisemitismuskeule bereits seit langem Mittel der Selbstbestätigung.

STAATS-LINKE UND ANTISEMITISMUSKEULE

Eine Analyse ist aus dieser Position natürlich nicht möglich. Stattdessen wird der Wahlerfolg der AfD fälschlich als Stimmen für den Kriegsblock uminterpretiert. Es trifft zwar zu, dass weite Teile der AfD auch an der NATO festhalten wollen. Aber dass sie für die Unterstützung des Krieges in der Ukraine eintritt, trifft gerade nicht zu. Im Gegenteil, die AfD ist die einzige Stimme im Parlament, ich wiederhole, die dort gegen die kriegstreiberische Mehrheit auftritt. Sie war bereits die einzige Stimme gegen den Corona-Putsch, der die Kriegszeitenwende vorbereitet hatte.

Dieser Zusammenhang wird gerade von den Linken unterschlagen, weil sie selber mit ihrem Wechsel auf die Seite der Regierung im Augenblick des Corona-Putsches gleich den Protest der Bevölkerung verraten hatten. Damit haben sie zugleich den Platz der Kritik für die AfD freigemacht und damit die AfD als einzig wählbare den Wählern, die gegen die Kriegstreiber stimmen wollten, angeboten. Deshalb ist ihnen auch eine Kritik nicht möglich, denn sie müsste Selbstkritik einschließen. Es bleibt ihnen also nur dasselbe »weiter so!« der Regierungsparteien: »wir müssen unsere Bemühungen ... verstärken« (DKP; 1), »wir müssen hörbarer und überzeugender sprechen« (KP; 2). Sie haben bis heute nichts dazu gelernt. Die Interviewerinnen der Fernsehsendungen sowie die ihnen antwortenden Politiker beweisen es. Sie benutzen Sprechen als Distanzwaffe. Und am Ende des wortreichen Antwortens »Wir werden ..., Wir müssen ..., Wir wollen ...« die Floskel: »... Das sagt die Vorsitzende der Partei die Grünen«.

WAS sie »wollen«, bleibt im formalen: analysieren, vorbereiten, sprechen, handeln und so weiter (der seit Merkel übliche Politikerjargon). Die Inhalte zeigen sich erst im Nachhinein, wenn sie gemacht haben werden, was sie wollen. Dass sie so schnell reden, dass man kaum mitkommt, überhaupt wahrzunehmen, was sie gesagt haben, ist nicht nur Ausdruck ihrer Generation, sondern Ausdruck ihres Wollens: das Sprechen als Distanzwaffe. Wir sollen auf Distanz gehalten werden, wir sollen gar nicht verstehen, was sie sagen, denn es muss verhindert werden, dass wir widersprechen, dass wir

uns an unsere eigenen Wünsche, Hoffnungen Forderungen gar erinnern, die sie nicht die Absicht haben zu erfüllen.

SAFTIGE ABFUHR FÜR KRIEGSTREIBER

Aber reden sie nicht immer von »der Bevölkerung verständlich machen«, »die Bevölkerung erreichen«, »die jungen Leute« – denn vor allem diese Wählergruppe, gerade die, die zum ersten Mal gewählt haben, haben überwiegend diejenigen gewählt, vor denen man sie ja so massiv gewarnt hatte, die »Rechten«, ja Schlimmeren, die Feinde der »Staatsraison«. Sollten sie sie nicht »erreicht« haben? Dies, obwohl die Geschwindigkeit des schnellen Redens sie ja am ehesten erreicht haben müsste, denn das ist ja ihr Tempo. Oder haben Sie gerade deshalb »verstanden«, »richtig verstanden«, wovon sie »überzeugt« werden sollten. Was ihnen beigebracht werden sollte.

Überhaupt geht es bei diesem Reden – nach der Klatsche der Europawahl im Besonderen – die Gründe für die Niederlage gerade NICHT zu benennen: Der Verrat der Versprechen, für die sie gewählt worden waren, die unverschämte Bevormundung des Wahlvolks, die bedenkenlose Kriegstreiberi auf Kosten der Bevölkerung, die skrupellose Diffamierung derer, die den Regierenden auf die Finger schauen, die sie kritisieren. Sie können abtreten. (5)

Klaus Jürgen Bruder, Prof. Dr. phil., ist Psychoanalytiker, Professor für Psychologie an der Freien Universität Berlin und Mitglied der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP). Studium der Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaften in Würzburg und Heidelberg, Promotion 1973, Habilitation 1982 mit der Arbeit »Psychologie ohne Bewusstsein: Die Geburt der behavioristischen Sozialtechnologie« (später auch Titel im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1982). Im Verlagshaus Sodenkamp & Lenz erschien zuletzt »Corona – Inszenierung einer Krise«, Berlin 2022.

(1) Chefkommentator Arnold Schölzel in der Tageszeitung junge Welt vom 11. Juni 2024 | (2) DKP, Meldung der jungen Welt vom 12. Juni 2024 | (3) Daten <https://de.statista.com/themen/1899/europawahl/#topicOverview> | (4) Tagesschau online <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-historisch.shtm> | (5) »Das tiefste Geheimnis des Weltkrieges: dass fast die meisten mit Überzeugung und Begeisterung vertreten, was sie andernfalls unter dem Zwang des Militär-Reglements vertreten müssten. Sie haben »die Gottheit in ihren Willen aufgenommen«, um dem Gefühl der Ohnmacht nicht zu erliegen. Ihre Strafe ist: Sie können uns nie etwas Neues sagen, immer nur das, was uns auch das Militär-Reglement sagt. Folglich können sie abtreten.« Adler, A. (1918): Ein Psychiater über Kriegspsychose. In: Internationale Rundschau 4. Jg., 9.H. (25. Juli) S. 362, Zürich.



Klaus-Jürgen Bruder ist Psychologieprofessor an der FU Berlin und Vorsitzender der Neuen Gesellschaft für Psychologie.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*
GEFANGEN IM SYSTEM

Die Schweiz ist seit 1815 im politischen Sinne neutral, Österreich seit 1955. In beiden Ländern denken die meisten Bürger, die Staaten würden sich aus Konflikten heraushalten. Ein Irrtum, denn das Gegenteil ist der Fall: Die Schweiz liefert Munition für deutsche Panzer, Österreich ist erfolgreich der EU beigetreten. In kaum einem anderen Land wurden die Corona-Maßnahmen so gnadenlos verfolgt und umgesetzt wie in Österreich. In der Schweiz haben das WEF und die komplette Hochfinanz ihren Sitz und Ursprung. Die Neutralität ist in Wahrheit ein Trauerspiel.

Das gilt auch für unsere Richter. Sie sollen auf Grundlage von Gesetzen entscheiden, wer im Recht und wer im Unrecht ist. Gerade die vergangenen Jahre aber zeigten, wie weit wir in Deutschland davon bereits entfernt sind. Die wahren Verbrecher sitzen zum Teil in höchsten Gremien, während rechtschaffene Menschen wegen nichts und wieder nichts ihrer Freiheit beraubt wurden und immer noch werden. Aufrechte Richter wurden verfolgt und mundtot gemacht.

Unternehmer können und dürfen sich nicht neutral verhalten. Sie müssen sich entscheiden, täglich, stündlich – für ihr Unternehmen und vor allem auch für ihre Mitarbeiter. Sie können sich aus Konflikten nicht heraushalten, denn diese lösen sich nur selten von allein. Gerade in der Lösung von Konflikten erfährt der Unternehmer unternehmerisches und auch inneres Wachstum, das sich unmittelbar positiv in der Arbeit am Unternehmen bemerkbar macht. Die Arbeit im Unternehmen beherrschen viele, die Arbeit am Unternehmen ist schon schwieriger.

In der jüngeren Vergangenheit steckten viele Unternehmer ihren Kopf in den Sand, machten bei Corona eifrig mit und begingen nicht selten schwerwiegende Rechtsbrüche gegenüber ihren Mitarbeitern. Dies alles wird sich in der Zukunft nachhaltig bemerkbar machen. Den wirtschaftlich letzten Platz in Europa haben wir bereits erreicht, die wöchentliche Arbeitsleistung sinkt kontinuierlich. Bei einem Wochenschnitt von schlappen 23 Stunden braucht die IG Metall kaum mehr nach der Vier-Tage Woche zu schreien. Es wäre besser, sie würde Vorschläge auf den Tisch bringen, wie man der elenden politisch verursachten Misere ein Ende bereiten kann. Aber dazu ist sie wie auch die anderen Gewerkschaften nicht in der Lage, weil sie im System gefangen ist.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany!*

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.



**DER VER-FÜHRER
EXTRA BAVARIAM**

KOLUMNE  MEDIEN

Ernste Satire von Robert Höschele

Extra Bavariam non est vita, et si est vita, non est ita.« Es wird dem Vater der bayerischen Geschichtsschreibung Aventinus zugeschrieben – einem Johann Georg Turmair aus Abensberg in Niederbayern, der als Magister lieber den latinisierten Namen führte –, dieses Credo aller patriotischen Baiern verfasst zu haben.

Übersetzt: »Außerhalb Bayerns gibt es kein Leben, und gibt es Leben, so ist es keines.« Dieses Selbstverständnis der Menschen im Freistaat Bayern – in welchem die Urbayern dem Herrgott aus Respekt auch für Schwaben und Franken danken – ist wohl das irritierendste für die restlichen 17 deutschen Volksstämme. Nebst der Feststellung, dass jenseits des Mains nur noch »die Preußen« hausten und das korrekte Zutzeln der Weisswurst zu den höchsten Weißen der Tischsitten gehört.

KÖNIG DER
»FOLLOWER«

Sieht man diesen Freistaat im Jahre 2024

an, so fällt einem Fremden auf, dass die über 13 Millionen (und steigend) Staatssubjekte – Bürger und Wähler – endlich eine eierlegende Wollmilchsau als den höchsten Repräsentanten im Hofgarten zu Mocaco di Baviera als Identifikationsfigur haben: Markus Thomas Theodor Söder, den ungekrönten »Kini« und Landesvater jauchzender Landeskinder.

Glaubt man den Zahlen der Dauerwerbeplattform Instagram, der Datenkrake des Meta-Konzerns, so ist der Bayerische Ministerpräsident, Vorsitzende der CSU, Radfahrer, Hundefreund, Science-Fiction-Fan, das 1.FC-Nürnberg-Mitglied, das Mitglied der Russlanddeutschen Landsmannschaft, der Würste-Liebhaber, Vater, Ehemann, Dr. jur., gelernte Journalist (BR), Umweltfreund, Klimaretter, Botschafter für Bayern, WEF-Befürworter, Fleisch-Fan, Salat-Fan, Polizei-Fan, Bavaria-One-Fan, »Bayernmacht-alles-besser!«-Fan, alle Sportarten-Fan, Freund aller Tiere, aller Landschaften, aller Bauern, aller Kinder, gläubiger Christ, aller Konfessionen Freund, USA-Freund, EU-Patriot ... mit 492 Tausend *Followern* bei über 7.050 Beiträgen der populärste aktive Politiker in der BRD.

Glaubt man den Spatzen auf den Dächern, wird dieser erfolgreichste Populist sich bald wieder als Kanzler aller Deutschen auf jedem Kanal und jeder Kirmes anbieten – denn VerFührung scheint sein Mittel und die Macht sein Zweck.

Robert Höschele ist Betriebswirt-IHK, Bürgerrechtler, Vater, Jude und journalistischer Kommentator in Deutschland.

**Demokratische
Querfront**



Johann Christian Friedrich Hölderlin (* 20. März 1770 in Lauffen am Neckar, Herzogtum Württemberg; † 7. Juni 1843 in Tübingen, Königreich Württemberg), hier in historischer Darstellung nach dem Pastell von Karl Hiemer aus dem Jahr 1792. Hölderlin gilt als Lieblingsdichter der deutschen »Linken«, unter anderem wegen des Briefromans Hyperion. Der Protagonist Hyperion zieht um die Welt, um sich anzuschauen, wie die Völker der Erde jeweils leben. Hyperions Freund Alabanda plant einen revolutionären Umsturz, mit ihm schwelgt er in schwärmerischen Träumen von einer freien Gesellschaft. Hölderlins Werk lässt sich innerhalb der deutschen Literatur um die Jahrhundertwende vom 18. auf das 19. Jahrhundert weder der Weimarer Klassik noch der Romantik zuordnen.



Ernst Jünger (* 29. März 1895 in Heidelberg; † 17. Februar 1998 in Riedlingen), hier auf einem freigestellten Porträtfoto, das der Dichter selbst unterzeichnete. Jünger gilt als Lieblingsschriftsteller der deutschen Rechtskonservativen und als relatives Gegenmodell zum späteren Diktator Adolf Hitler. Beide hatten am verheerenden Ersten Weltkrieg teilgenommen. Hitler wurde rachsüchtiger Kriegstreiber und Judenhasser, Jünger bewahrte die Formen und verwandelte den gefühlten Verlust von Teilen des Deutschen Reiches und der Monarchie in weltweit bewunderte Literatur. Als neuerlich besonders relevant gilt Jünger derzeit wegen seines Essays »Der Waldgang«. In dem Text geht Jünger bereits im Jahr 1951 auf künftige Verwerfungen auf Grund von möglichen Impfkampagnen und den Partisanenkampf von Demokraten, Anarchisten, »Linken« und »Rechten« gegen technokratisch-mörderischen Wahnsinn ein.

MELDUNG

DEUTSCHLAND
FÄLLT AB

Lausanne/DW. In der Rangliste der wettbewerbsfähigsten Volkswirtschaften der Welt, die das IMD World Competitiveness Center (WCC) seit 36 Jahren veröffentlicht, ist Deutschland nun um zwei weitere Ränge nach hinten gerutscht, liegt unter den 67 verglichenen Ländern nur noch auf dem 24. Platz und somit u. a. hinter China (Platz 14), Saudi-Arabien (16) und Island (17). Am besten schneiden Singapur, die Schweiz, Dänemark und Irland ab. Im Jahr 2022 rangierte die BRD noch auf Platz 15. Auch bei der Wirtschaftsleistung (von Platz 12 auf 13), der Effizienz der Regierung (von 27 auf 32) und der Infrastruktur (von 14 auf 20) fällt Deutschland weiter ab. Bezüglich Flexibilität und Anpassungsfähigkeit von Wirtschaft und Regierung liegt Deutschland auf Platz 64 ist damit so schlecht wie Venezuela. (kmü)

FORD BAUT WEITERE
STELLEN AB

Köln/DW. Der Autobauer Ford plant übereinstimmenden Medienberichten vom 18. Juni 2024 zufolge einen weiteren Stellenabbau. Das nun für Köln und weitere Standorte in anderen EU-Staaten beschlossene Restrukturierungsprogramm sei bereits das vierte seit 2018. Von damals knapp 20.000 Beschäftigten ist die Zahl bis heute schon auf 13.000 geschrumpft. Das Ausmaß des nun angekündigten weiteren Jobabbaus ist noch unbekannt. Ford hat die Produktion von Verbrennungsmotoren eingestellt. In Europa sollen nur noch E-Autos produziert und verkauft werden. (kmü)

RÜSTUNGSKONZERNE STELLEN
MASSIV PERSONAL EIN

London/DW. Der Krieg ist bekanntlich ein sehr lukratives Geschäft. Wie die englische Wirtschaftszeitung *Financial Times* am 16. Juni 2024 berichtete, stellen die globalen Rüstungskonzerne derzeit so viel Personal ein wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Eine Umfrage der Redaktion zu den Einstellungsplänen von 20 großen und mittelgroßen Rüstungsunternehmen ergab, dass zehn von ihnen eine Aufstockung des Personals um rund zehn Prozent planen. Das wären in der Summe fast 37.000 neue Jobs. (kmü)

MCDONALD'S: KI
ERSETZT MENSCHEN

Chicago/DW. Müssen Kunden von McDonald's bald ihre Bestellungen bei einem Roboter aufgeben? Die *Fast-Food-Kette* testet laut einer Meldung von *tagesschau.de* vom 17. Juni 2024 seit zwei Jahren an mehr als 100 Standorten den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) bei Bestellungen. KI-Sprachmodelle, so heißt es würden immer besser darin, Unterhaltungen mit Menschen zu führen, weshalb sich eine Spracherkennung für die Systemgastronomie anbieten. Bis Jahresende wolle sich das Unternehmen auf eine technische Lösung festlegen. (kmü)

»AMI GO HOME & REMIGRATION«

Hallo, Wien! DW spricht mit dem »neurechten« Buchautor Martin Sellner über Einberufungsbescheide, Wehrpflicht, Sylt – und widersprüchliche Einreiseverbote.

DW: Herr Sellner, zuletzt berichteten wir in dieser Zeitung von den Versuchen des Berliner Regimes, Sie an der Einreise nach Deutschland zu hindern. Wie brachten Sie die Sache zu Fall?

Sellner: Über zwei Druckpunkte: Erstens heuerte ich sofort einen Anwalt an, der sich in der Materie auskennt und unserer Sache nahesteht. Dubravko Mandić ist ein juristischer Profiboxer, der rasch, schnell und effektiv zuschlug. Das Verwaltungsgericht Potsdam wollte es nicht einmal zum Verfahren kommen lassen, sondern kapitulierte nach einer »summarischen Prüfung« der Einreisesperre und unseres Gegenantrags. Zweitens starteten wir eine mediale Kampagne, inklusive Einreiseversuchen, Geschenkkorbübergaben, verkleideten Caféhausbesuchen und so weiter. Dies sollte die Sache zur Kenntlichkeit entstellen, was gelungen ist. Erst wurde die Einreisesperre der Lächerlichkeit preisgegeben, dann juristisch erledigt.

DW: »Remigration« – auch darüber sprachen wir bereits an dieser Stelle – ist nach wie vor in aller Munde. Der deutsche Kanzler thematisierte dazu ein Video betrunkenen Studenten von der Insel Sylt. Erlauben Sie uns bitte eine etwas enger gefasste Frage zum Schlagwort »Ausländer raus«: 1994 verließ der letzte russische Soldat Deutschland, die westlichen Besatzungstruppen und deren Waffenlager, vor allem der USA, blieben aber auf deutschem Boden, wurden zuletzt auch noch ausgebaut. Sollten diese Ihres Erachtens auch nach Hause gehen?

Sellner: Ja. »Ami Go Home & Remigration«, reimen sich nicht nur, sondern gehen für mich Hand in Hand. Geopolitische Souveränität und Migrationssouveränität sind miteinander verbunden. Eine wachsende Zahl an Amerikanern, die ihren militärisch-industriellen Komplex kritisieren, sehen das genauso wie wir. Ich kenne dank meiner Frau, die selbst aus den Staaten kommt, sehr viele US-Bürger und kann sagen: Unsere Gegner sind globalistische Eliten, nicht andere Völker, massenhaft importiertes Humankapital, oder die Partyjugend von Sylt.

»DEUTSCHLAND SOLLTE HIER
ÖSTERREICH-UNGARN FOLGEN!«

DW: Sie sind sehr erfolgreicher Buchautor, politischer Aktivist – und österreichischer Staatsbürger. Ist das Modell der österreichischen Neutralität Ihres Erachtens eine Möglichkeit für Deutschland? Und wie steht es um die Neutralität Ihrer Nation?

Sellner: Ich bin heute froher denn je, in Wien geboren zu sein. In Österreich versuchen alle Parteien, mit Ausnahme der FPÖ, die Neutralität abzuschaffen oder auszuhöhlen; ich sage nur »Sky-Shield« (geplantes EU-Luftverteidigungs-»Dom«; red.). Doch eine überwältigende Mehrheit der Österreicher will neutral bleiben. Herbert Kickl (FPÖ-Bundesobmann) sagte sogar VOR der EU-Wahl, er würde Putin zu einer Friedenskonferenz nach Wien einladen. Deutschland sollte hier Österreich-Ungarn folgen und einen starken mitteleuropäischen Ruhepol bilden. Wir sind weder Putinisten noch Selenskianer, sondern vertreten europäische Interessen im Spannungsfeld zwischen West und Ost.



Martin Sellner besetzte am 29. August 2022 mit Freunden das Terminal der zivilen Fernwärmeleitung Nord Stream 2 in Lubmin, deutsche Ostseeküste, und proklamierte deren Öffnung. Foto: IB

DW: Seit der Corona-Lüge und den damit verbundenen Verbrechen gibt es einen anhaltenden Widerstand auf deutschen Straßen und Plätzen, für den sich politisch »Linke«, Teile der bürgerlichen Mitte und »Rechte« vereinigen wie zuvor allenfalls beim Widerstand gegen das Sozialdumping mit den vier Lettern TTIP. Sehen Sie in der »demokratischen Querfront« auf der Straße weiterhin Chancen oder wird die neue Friedens- und Demokratiebewegung an ihren inneren Widersprüchen zerfallen und verschwinden?

Sellner: Widersprüche sind in politischen Bewegungen Normalität. Sie sind kein »Bug« (kleiner Programmierfehler; red.), sondern ein »Feature« (Spezialität; red.), um es in der Sprache der Programmierer auszudrücken. Entscheidend dafür, dass sie nicht zu Spaltung führen, ist eine gemeinsame, weltanschauliche, soziale und wirtschaftliche Basis, die groß genug ist, um vielen Strömungen Raum zu bieten. Die Verteidigung des Nationalstaats, der raumorientierten Volkswirtschaft, des Mittelstands und unserer abendländischen Kulturtradition ist meiner Meinung nach ein Rahmen, der für eine lose Koalition ausreicht. Wir brauchen hier keine Einheitsfront, kein gemeinsames Manifest und schon gar keine einheitliche Führungsfigur. Es reicht, wenn wir – wenn es gilt – gemeinsam auf die Straße gehen. Am Ende sind es gerade die politischen Eliten, die mit ihren pauschalen Verdammungen und groben Schubladisierungen die Einheit des Widerstands stiften könnten.

DW: Nach Meinung vieler stehe ein dritter Weltkrieg kurz bevor, zuletzt äußerte sich der serbische Präsident entsprechend. Mit Hinweis auf den Mitgliederzuwachs Ihrer staatlich verfeimten Identitären Bewegung merkten Sie ironisch an: »Keine Lust auf Wehrpflicht? Dann werde Fördermitglied!« Was meinen Sie damit und was würden Sie machen, wenn Ihnen ein Einberufungsbescheid zugestellt würde?

Sellner: Als Österreicher würde ich Folge leisten. Denn unser Volksheer und unsere verfassungsrechtliche Neutralität garantiert, dass wir nur im echten Verteidigungsfall an den Dolomiten oder im Marchfelder Becken unsere Heimat schützen müssten. Wäre ich deutscher Bundesbürger, sähe die Sache anders aus. Erst mal bräuchte ich eine Woche, um zu verkraften, dass eine Frau Baerbock mich außenpolitisch vertritt. Den »Zwangsfragebogen« von Pistorius würde ich in die Rundablage befördern, oder meinem Sohn einen Papierflieger basteln. Generell kann

eine allgemeine Wehrpflicht in Verbindung mit der Neutralität positive Aspekte haben. Sie stärkt das Gemeinschaftsgefühl und macht das Volk sehr wachsam für Kriegstreiberei, weil jeder betroffen ist. Doch für eine Elite, die Grenzen und Bürger nicht schützen will, in einen fremden Krieg zu ziehen, wäre mit meinem Patriotismus nicht vereinbar. Ich bin aber zuversichtlich: sollten die BRD-Eliten tatsächlich eine Levée en masse (Massenaushebung; red.) planen, werden sie daran zerbrechen. »Germans to the front« (quasi »Deutsche ins Feuer«; red.), das können die sich abschminken.

DW: Herr Sellner, wir danken Ihnen für Ihre Antworten.

Die Fragen stellte Anselm Lenz

MELDUNG

TREFFEN VON PUTIN
UND KIM JONG UN

Pjöngjang/DW. Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un hat am 18. Juni 2024 Russlands Präsident Wladimir Putin empfangen. Die beiden Länder haben ein Abkommen über eine umfassende strategische Partnerschaft geschlossen. Ziel sei es laut übereinstimmenden Medienberichten, eine geschlossene Front gegen Washington zu bilden. »Die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind auf dem höchsten Stand, sogar unvergleichbar mit den Beziehungen zwischen der Demokratischen Volksrepublik Korea und der Sowjetunion«, erklärte Kim. Nordkorea unterstütze den russischen Krieg gegen die Ukraine. (kmü)

VOUĆIĆ BEREITET SEIN
LAND AUF KRIEG VOR

Belgrad/DW. Serbien Präsident Aleksandar Vučić bereitet sein Land auf einen großen Krieg in Europa vor. In einem Interview mit dem Magazin *Weltwoche*, das am 12. Juni 2024 veröffentlicht wurde, erklärte er, dass er nicht mehr daran glaube, dass sich Russland und der Westen diplomatisch einigen: »Ich bin mir ziemlich sicher, wir werden eine Katastrophe erleben.« (kmü)



DRITTER SOMMER: NEUES VON DER OSTFRONT

Markus Reisner, der österreichische Militärgeschichtswissenschaftler und Oberst an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt, konstatiert in seiner neuesten Kriegsanalyse nach 860 Tagen des Stellvertreterkrieges um die Ukraine: »Das russische Momentum ist zurück.«

Der Kriegsexperte aus dem neutralen Österreich ist in den zurückliegenden zwei Jahren zu internationaler Bekanntheit gelangt – als einziger aktiver Militär, der die Schlachten einigermaßen neutral und zumindest näherungsweise objektiv bewertete. Reisner hatte fast von Beginn an vor der Kriegsbegeisterung und Siegesgewissheit westlicher Berufspolitiker und Konzernmedien gewarnt. Reisners neuer Analyse zufolge sei die Rote Armee nun erfolgreich aus ihrer »zweiten Winteroffensive« hervorgegangen.

»Die Anzahl der verfügbaren Kräfte hat enorm zugenommen«, so Reisner, der daran erinnerte, dass Moskau zum Feiertag des Sieges über Hitler-Deutschland am 9. Mai 2024 zerstörte US-amerikanische und deutsche Panzer vorführen ließ (zerstörte und gekaperte Abrams-Panzer und Leopard-Panzer). Russland habe in dem Sinne erfolgreich »auf Kriegswirtschaft umgestellt« und setze mittlerweile fast ein Zehntel der Wirtschaftsleistung für Militär und Kriegführung ein.

Es gelinge Russland im »Abnutzungskrieg« zunehmend, durch Einsatz großer Artilleriegeschütze Dominanz über die alliierten Stellungen im unmittelbaren Hinterland der rund 1.200 Kilometer langen Frontlinie zu erlangen, zudem die »kritische Infrastruktur« in der Ukraine bis an die Westgrenze bei Lemberg zu dominieren, diese teils mit Mittelstreckenraketen und Drohneneinsatz zu zerstören und zudem an mindestens drei Stellen der Front entscheidendes Truppen- und Materialübergewicht aufgebaut zu haben – darunter im Norden nahe der russischsprachigen Metropole Charkow. Der ukrainische Militärgeschichtsdienst erwarte laute Reisner nun eine »russische Sommeroffensive«.

Ein jahrelanger »Krieg um Eurasien« war von Geopolitikexperten und Literaten bereits seit den 1990er Jahren prognostiziert worden. Der US-Politikberater Zbigniew Brzezinski breitete bereits im Jahr 1997 die US-Weltherrschaftsstrategie als »Großes Schachbrett« aus. (ale) Foto: DW-Bsphoto/Öst. Bundesheer



Monika Donner kam 1989 in den Bundesdienst, war zunächst Offizier der 4. Panzergrenadierbrigade, ehe sie ab 2002 im Verteidigungsministerium als Juristin und dann als Ministerialrätin tätig war. Für ihre Arbeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet. Heute arbeitet sie selbstständig als Autorin, strategische Analytikerin und diplomierte Lebensberaterin. Worauf es im Widerstand ankommt, hatte sie in DW-Ausgabe 132 erklärt: »Jeder muss sein eigener Erlöser sein.« Für Donner geht es im Widerstandskampf »nicht um rechts gegen links«, sondern vielmehr um »gut gegen böse« oder besser »frei gegen unfrei«. Foto: Oliver Gratzner

DW: Sie haben im Juni im Rahmen des Kunstfestivals »Wiener Festwochen« an einem fiktiven Gerichtsverfahren der »Freien Republik Wien« teilgenommen. Inszeniert wurde das Stück vom Schweizer Regisseur Milo Rau – ohne Drehbuch, ohne Schauspieler, dafür mit echten Fachleuten und Juristen (zu sehen auf YouTube). Bei der Verhandlung ging es um die Frage, ob die FPÖ (vergleichbar mit der AfD in Deutschland) eine mutmaßliche Gefährdung für die Demokratie darstellt. »Verteidiger« der Partei waren die Ex-AfD-Politiker Frauke Petry und Marcus Pretzell. Auch frühere FPÖ-Minister sagten aus. Sie waren als Zeugin und Expertin geladen und erklärten zunächst, dass man gegen Anklägerin Veronika Sengmüller einen Strafantrag wegen Wiederbetätigung stellen sollte. Wieso?

Monika Donner: Weil sie in ihrem Plädoyer der demokratisch legitimierten FPÖ eine nationalsozialistische Gesinnung unterstellt hat, ohne dafür einen einzigen stichhaltigen Beleg zu liefern, was aus meiner Sicht eine Verharmlosung des Nationalsozialismus darstellt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, diffamiert zu werden. Als ich 2015 Verfassungsbrüche aufgedeckt habe, wurde ich ebenfalls als »Nazi« diffamiert. Mit der FPÖ verfährt man nun ähnlich und zwar mit einer haarsträubenden Argumentation. So wirft man FPÖ-Obmann Herbert Kickl etwa vor, dass er »Volkskanzler« werden will. Was ist an dem Begriff verkehrt?

DW: Die Nationalsozialisten, so der Vorwurf, nannten Adolf Hitler einst so. M.D.: Klar, aber das ist doch völlig wurscht. Hitler hat auch »Genossen« gesagt. Wie soll sich Kickl denn sonst nennen? Er will doch nur aufzeigen, dass er nicht Kanzler der Konzerne oder seiner Partei sein will, sondern ein Kanzler des ganzen Volkes.

DW: Wie stehen Sie zur FPÖ? M.D.: Neutral. Sie ist mir in den meisten

Punkten lieber als sämtliche andere Parteien. Aber bevor ich mich zwischen Pest und Cholera entscheide, wähle ich besser gar nicht.

DW: Sie kritisieren, dass die FPÖ zu Beginn der Corona-Plandemie – übrigens ähnlich wie die AfD in Deutschland – zunächst scharfe Einschnitte gefordert hatte. Könnte man nicht nachsichtiger mit der Partei sein, da sie im Gegensatz zu den anderen Parteien recht schnell umgeschwenkt ist?

M.D.: Nein! Warum sollte man? Die FPÖ hätte die Lage von Beginn an richtig einschätzen können und müssen. Das haben nicht nur Ärzte wie Sucharit Bhakdi, Wolfgang Wodarg und viele andere bewiesen, sondern auch ich. Ich habe allen Parteien sowie dem Gesundheitsministerium bereits im März 2020 meine strategische Analyse überliefert, nach der es sich bei Corona vor allem um den Weiterverlauf der gewöhnlichen Grippe handelte, die es ab April 2020 offiziell gar nicht mehr gab.

DW: Welche Reaktionen erhielten Sie? M.D.: Von der FPÖ gar keine. Ich vermutete, man verlangte damals nach schärferen Maßnahmen, weil das gemäß Umfragen dem Willen eines großen Teils der politisch-medial manipulierten Bevölkerung entsprach. Dabei hätten ausschließlich die Fakten Grundlage für eine Entscheidung sein dürfen.

DW: Im Schauprozess haben Sie die Anklägerin in beeindruckender Manier an die Wand geredet. Selbst FPÖ-Verteidiger Pretzell wusste nicht mehr, was er sagen sollte. Sie hatten sichtlich Spaß ... M.D.: Und wie! Der Dramaturg sagte mir hinterher, es sei »ganz großes Theater« gewesen. Die Fragenden seien vor mir gestanden wie vor der Heldin aus »Game of Thrones«. (lacht)

»WEDER FPÖ NOCH AfD SIND NATIONALSOZIALISTISCHE PARTEIEN«

DW: Die FPÖ wurde letztlich

»Vielleicht AfD-Verbot

Preis-der-Republik-Trägerin Monika Donner spricht über ihr Leben durch AfD und FPÖ und erklärt, warum das WEF vom selbst g

freigesprochen. Wie bewerten Sie das Urteil?

M.D.: Richtig im Tenor, falsch in der Begründung. Darin hieß es, dass die FPÖ zwar antidemokratische Ziele verfolge, dies eine Demokratie aber aushalten müsse. Ich würde diese »antidemokratischen Ziele« gerne kennen, denn aus dem Prozess sind sie nicht hervorgegangen. Weder FPÖ noch AfD sind nationalsozialistische Parteien. Es ist einer Demokratie unwürdig, sie als rechtsextrem zu bezeichnen.

DW: Halten Sie Verbote von FPÖ und AfD für realistisch?

M.D.: Derzeit nein! Sowohl FPÖ als auch AfD sind demokratischer als alle anderen Parteien, die größtenteils totalitär agieren. Je 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung stehen hinter ihnen. In einem Rechtsstaat, der zumindest noch etwas auf sich hält, ist ein Verbot aus juristischer Sicht ausgeschlossen. Aber klar ist auch: Sollte es noch ein Stückchen absurder werden, als es ohnehin schon ist, kann man natürlich nichts ausschließen. Auch die Corona-Politik wäre, wenn der Rechtsstaat in unseren Ländern noch funktioniert hätte, niemals durchzusetzen gewesen. Wir haben erlebt, was passiert ist. Aber vielleicht wäre ein Verbot von FPÖ und AfD gar nicht mal so schlecht. Dann würden sicher noch mehr Menschen aufwachen. Etwaige Versuche, diese Parteien zu verbieten, brächten ihnen mehr Wähler, als sie dadurch verlören. Die Leute sind ja nicht blöd: Sie haben auch bei Corona zunehmend durchschaut, dass sie von einer politisch-medialen Propagandamaschinerie regelrecht verarscht wurden ...

DW: ... was nun dank der entschwärzten RKI-Protokolle eigentlich auch dem Letzten klarwerden müsste.

M.D.: Die braucht es dafür doch gar nicht. Oder wollen wir demnächst auch noch die Schuhgrößen der Krisenstabsmitarbeiter untersuchen? Bereits damals zeigten allein schon die offiziellen Statistiken, dass eine gewöhnliche Grippe schlimmere Auswirkungen für alte Menschen hatte als Corona. Aber es wurde politisch-medial alles verdreht.

DW: Am vergangenen Montag wurde die Ärztin Bianca Witzschel wegen des Ausstellens von Gefälligkeitssat- testen zu einer Haftstrafe verurteilt (Seite 7). Jürgen Scheuring, Vorsitzender Richter am Landgericht Dresden, erklärte in seiner Urteilsbegründung: »Wir hatten eine Epidemie, die vergleichbar war mit der Cholera des 19. Jahrhunderts.« Wie erklären Sie sich diese Unkenntnis? M.D.: Hier haben wir es offenbar mit Korruption, Dummheit oder Drogenmissbrauch zu tun.

DW: Sie sagten vor Gericht, dass Sie sich eine stärkere FPÖ und auch AfD

wünschen würden. Inwiefern?

M.D.: Beiden Parteien fehlen überzeugende Persönlichkeiten, die Charisma und Kompetenz besitzen. Menschen mit diesen Attributen stellen für Politdarsteller eine Bedrohung dar. Nehmen wir nur Herbert Kickl. Ihn habe ich Ende 2021 mal auf einer Demo in Wien kennengelernt, fand ihn als Mensch ganz sympathisch. Obwohl er deutlich kleiner ist als ich, konnte er mir lächelnd und selbstsicher in die Augen schauen. Aber als Politiker scheint er wie die meisten anderen leider auch nur ein rückgratloser Wendehals zu sein. Vor Wochen spekulierten Journalisten über seinen Gesundheitszustand. Was macht er? Statt zu sagen »Bringt mir einen Beweis dafür, dass ich krank bin!«, veröffentlicht er ein medizinisches Attest. Damit hat er sich – wie in der Corona-Blödemie – der illegalen Umkehr der Beweislast sklavisch unterworfen. Von einem gestandenen, angeblich rechten Politiker erwarte ich etwas anderes als Kadavergehorsam. Kickl hat noch immer nicht gelernt, wie diese linken Antidemokraten ticken. Das gilt auch für die AfD.

DW: Inwiefern?

M.D.: Nehmen wir nur die Personalie Maximilian Krah. Seinen Rauswurf aus der Brüsseler AfD-Delegation war eine schlimme Fehlentscheidung der Parteiführung. Im vorausseilenden Gehorsam jemanden zu verurteilen, verstößt gegen das rechtsstaatliche Prinzip der Unschuldsvermutung. Hinzu kommt, dass es richtig war, was er gesagt hat: Nicht alle Angehörigen der Waffen-SS waren Verbrecher. Das ist ein Fakt, der noch dazu aus dem Kontext gerissen zitiert wurde.

»WIR HABEN ES MIT DIKTATOREN UND RECHTSBRECHERN ZU TUN«

DW: Von Parteien halten Sie grundsätzlich nicht viel, richtig?

M.D.: Stimmt! Parteien sollten Politik im Sinne aller Menschen machen, was aber nicht passiert. Stattdessen geht es um Einzelinteressen. Es wird nicht lösungsorientiert gearbeitet, sondern meist nur die Gegenseite kritisiert. Hinzu kommt noch der schädliche Lobbyismus. Und wir müssen auch mal sehen: Die Parteien in sich agieren bereits völlig undemokratisch. Gemäß Artikel 56 B-VG sind die Abgeordneten nicht an Aufträge und Weisungen gebunden. Faktisch sieht es aber völlig anders aus: Club-Zwang. Geht man mit der Parteispitze nicht konform und schert bei Abstimmungen aus, wird man blitzschnell abserviert. Die Parteien halten sich zudem nicht an Wahlversprechen. Auch die Etiketten stimmen schon lange nicht mehr: Die Sozialdemokraten sind weder sozial noch demokratisch, die Grünen nicht grün, und so weiter. Die selbsternannten Demokratiewächter sind völlig undemokratisch, wir haben es mit Diktatoren und Rechtsbrechern zu tun. Es ist alles nur noch skurril.

wäre ein t nicht schlecht«

ren Auftritt bei den »Wiener Festwochen«, eine vermeintliche Demokratiegefährdung
gesteckten Zeitplan für die digitale Diktatur weit entfernt ist | Interview von Klaus Müller

DW: Was schlagen Sie vor?

M.D.: Ich würde mir parteiübergreifende Interessengruppen wünschen, zudem mittel- bis langfristig mehr Direkte Demokratie. Diese setzt allerdings voraus, dass die Menschen gut informiert sind und davon sind wir meilenweit entfernt. Grundsätzlich muss ein Bewusstseinswandel her: Wir sind der Staat, jeder Einzelne von uns. Es gibt keinen Staat, der über uns steht. Für unsere Gesundheit ist kein Arzt, für unsere Spiritualität kein Priester und für eine gute Politik kein Politiker, sondern jeder Einzelne selbst verantwortlich. Für mich ist Demokratie ein gesunder Diskurs zwischen verschiedenen Interessen und Meinungen. Sobald jemand beginnt, andere auszugrenzen, haben wir es mit Faschismus zu tun. Und spätestens seit Corona sollte jeder wissen, dass man Politikern nicht trauen kann. Aktuell nehme man Frau Baerbock, die Russland mal eben den Krieg erklärt.

DW: Die sogenannten Volksvertreter wurden nicht gewählt, um uns vorsätzlich oder fahrlässig in einen Krieg zu manövrieren. Laut jüngsten Meldungen denkt die NATO darüber nach, mehr Atomwaffen einsatzbereit zu machen, was Russland als Provokation wertet. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

M.D.: Man unternimmt alles, um zu eskalieren. Aus wirtschaftlicher Sicht sind wir bereits mitten im Dritten Weltkrieg. Was gerade abläuft, ist kein Zufall, sondern knallhartes Kalkül. Es gibt ähnliche Muster wie bei den zwei Weltkriegen. Wir sollten endlich kapieren, was anglo-amerikanische Geostrategien

schon seit über 100 Jahren sagen: Aus ihrer Sicht müssen Russland und Deutschland verfeindet sein. Das ist die Grundvoraussetzung, damit Globalisten Eurasien destabilisieren und somit indirekt kontrollieren können. Ihr militärstrategisches Werkzeug dafür ist die NATO. Auch deshalb habe ich 2015 bereits in meinem Buch »God bless you, Putin!« begründet, warum sich Deutschland aus der NATO verabschieden sollte.

DW: Man könnte meinen, Deutschland wird von Leuten regiert, die Freude daran haben, das eigene Land in den Abgrund zu führen. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) etwa fand Vaterlandsiebe »stets zum Kotzen«. Wie erklären Sie sich das?

M.D.: Oikophobie nennt man das. Es bedeutet: Hass auf das Eigene. In keinem anderen Land der Welt käme man auf die Idee, Vaterlandsiebe negativ zu sehen. Aber Politdarsteller wie Habeck kennen die Geschichte nicht. Denn sonst wüssten sie, dass die Urkatastrophe in Europa nicht der Zweite, sondern der Erste Weltkrieg war, in dem Deutschland und Österreich vernichtet werden sollten, so dass Briten und Amerikaner zur Weltmacht aufsteigen. Das war das erklärte Ziel. Wenn man das versteht, kapiert man auch, wie es zum Zweiten Weltkrieg gekommen ist. Es rechtfertigt die NS-Verbrechen nicht, macht sie aber erklärlich. Bei uns bekommen die Menschen einen Schuldkomplex eingepflegt, obwohl sie damals gar nicht gelebt haben. Es wird alles so verdreht, dass jetzt die Opfer der Opfer,

nämlich die Palästinenser, vom Westen mit Füßen getreten werden, weil man den Juden gegenüber etwas gutzumachen hat. Das führt zu einem Unrecht an Arabern, von denen inzwischen relativ viele bei uns leben. Wo werden die nun wohl ihren Hass abladen? Natürlich bei uns – siehe Mannheim!

DW: Nochmals zurück zu Corona: Glauben Sie, dass sich Spitzenpolitiker überhaupt gegen Corona spritzen ließen?

M.D.: Warum hätten sie das tun sollen? Sie wussten doch anscheinend sogar vom RKI, wie gefährlich die Injektionen sind. Und warum wurden die RKI-Protokolle überhaupt geschwärzt? Wir reden hier nicht über Sicherheits- oder Verteidigungspolitik, bei der man dem Gegner nicht in die Karten spielen darf. Es geht um die Gesundheit der Bevölkerung, um unser Leben – und da gibt es nichts zu schwärzen!

DW: 2030 sollen wir laut WEF-Chef Klaus Schwab nichts mehr besitzen, aber glücklich sein. Wo stehen wir Ihrer Meinung nach derzeit?

M.D.: Das WEF ist von seinem selbst gesteckten Zeitplan weit entfernt. Bis 2025 sollte die Primärlarbeit für die digitale Diktatur abgeschlossen sein, doch es hakt an allen Ecken und Enden. Es wurden beispielsweise noch nicht alle Währungen digitalisiert, die digitale Identität funktioniert noch nicht flächendeckend, das bedingungslose Grundeinkommen ist in weiter Ferne. Hinzu kommt: Die Künstliche Intelligenz ist in Wirklichkeit saudumm, kann größtenteils nur kopieren. Da wir es aber mit Narzissten und Psychopathen zu tun haben, werden sie nicht von selbst aufhören. Es ist für sie kein Beinbruch, dass der WHO-Pandemievertrag nun erstmal gescheitert ist, da dieser nur ein mögliches Mittel von vielen ist. Aber immer mehr Menschen realisieren, dass es sich auch beim Klima-Thema um ein Märchen handelt: Mithilfe eines unsichtbaren Feindes wird ihnen eingeredet, dass sie schlecht seien. Das kennen wir schon von Corona: Damals galt jeder als potenzieller Gesundheitsgefährder.

DW: Mit welchen Gefühlen blicken Sie in die Zukunft?

M.D.: Ich bin grundsätzlich positiv gestimmt. Das Unrecht und das Leid, das quasi programmiert ist, brauchen viele Menschen offensichtlich, um endlich in die Gänge zu kommen und sich dem Wahnsinn von Medien und Politik zu verweigern. Im Gegensatz zu früher, als ich noch im Verteidigungsministerium tätig war, geht es mir heute nur mehr indirekt um die Gesellschaft als Ganzes. Als Lebensberaterin versuche ich, das Individuum zu stärken. Denn wir wissen ja: Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied.

DW: Frau Donner, wir danken Ihnen für das Gespräch.



HÖLDERLIN

DAS UNVERZEIHICHE

Wenn ihr Freunde vergeßt,
wenn ihr den Künstler höhnt,
Und den tieferen Geist klein
und gemein versteht,
Gott vergibt es, doch stört nur
Nie den Frieden der Liebenden.

ÜBERZEUGUNG

Als wie der Tag die Menschen
hell umscheinet,
Und mit dem Lichte,
das den Höhn entspringet,
Die dämmernden Erscheinungen
vereinet, Ist Wissen,
welches tief der Geistigkeit gellinget.

HÖHERE MENSCHHEIT

Den Menschen ist der Sinn
ins Innere gegeben,
Dass sie als anerkannt das Bessere
wählen,
Es gilt als Ziel, es ist das wahre Leben,
Von dem sich geistiger des Lebens
Jahre zählen.

JÜNGER

»Wirklich hat sich der Verkehr zu einer Art Moloch entwickelt, der jahraus, jahrein eine Summe von Opfern verschlingt, wie sie nur an denen des Krieges zu messen ist. Diese Opfer fallen in einer moralisch neutralen Zone; die Art, in der sie wahrgenommen werden, ist statistischer Natur.« (Der Arbeiter)

»Unsere Hoffnung ruht in den jungen Leuten, die an Temperaturerhöhung leiden, weil in ihnen der grüne Eiter des Ekels frißt, in den Seelen von Grandezza, deren Träger wir gleich Kranken zwischen der Ordnung der Futtertröge einherschleichen sehen. Sie ruht im Aufstand, der sich der Herrschaft der Gemütlichkeit entgegenstellt und der der Waffen einer gegen die Welt der Formen gerichteten Zerstörung, des Sprengstoffes, bedarf, damit der Lebensraum leergefegt werde für eine neue Hierarchie.« (Das abenteuerliche Herz)

»Man kann sich heute nicht in Gesellschaft um Deutschland bemühen; man muß es einsam tun wie ein Mensch, der mit seinem Buschmesser im Urwald Bresche schlägt und den nur die Hoffnung erhält, daß irgendwo im Dickicht andere an der gleichen Arbeit sind.« (ebda.)



Von Oktober 2021 bis Juli 2023 wurde ein öffentlich geförderter Film in Starbesetzung über Monika Donners Leben produziert. Titel: »Der Soldat Monika«. Der Streifen soll Ende 2024 in die österreichischen Kinos kommen. Donners aktuelles Buch heißt »FREIHEUT – Handbuch für den Tiger in dir«. Darin geht es u. a. um mentale Stärke und wie man es schafft, verschiedene Krisen zu meistern. Foto: privat.

WIENER SCHAUPROZESS

Die Wiener Festwochen griffen das Konzept von Sodenkamp & Lenz und des Nestroy-Preis-nominierten Kapitalismustribinals aus dem Jahr 2016 auf, um auf dem Theater Sachverhalte nach Prozessordnung auf dem Theater zu klären. Der Versuch, sich am Original abzuarbeiten, förderte ein richtig gute Rede zutage.

»Dieser Schauprozess ist der Zweite in einer Reihe, die anlässlich der Wiener Festwochen 2024 abgespult wird«, kommentierten österreichischen Kollegen. »Beim ersten Durchgang sprachen sich die Täter der Corona-Zeit selbst frei. Sie hätten alles richtig gemacht, möglicherweise wären die Maßnahmen aber nicht hart und konsequent genug gewesen, so das Resultat der ersten Sitzung. Vom 7. bis 9. Juni überlegte man nun, ob man die FPÖ analog zur AfD in Deutschland noch viel massiver entmenslichen und attackieren sollte, sie aus dem demokratischen Prozess ausschließen müsse und ihr die Parteienförderung streichen solle. Für echte Demokraten ein unsäglich und untragbarer Vorgang – für die heimische Linke aber kein Problem.« Im Folgenden dokumentiert DW die europaweit wahrgenommene und im Netz bejubelte Rede des »rechten« Politikberaters Robert Willacker im Zuge des Schauprozesses. Die Rede erlangte eine Reichweite in den Video-Netzwerken wie keine Theaterveranstaltung jemals zuvor.

Richterin Barbara Helige: Ich bitte jetzt um die zweite Abschlussrede, die von Herrn Robert Willacker gehalten wird.

Gerichtsdienr Johannes Dietrich: Robert Willacker ist ein deutscher Politikberater, er hat unter anderem mit den FPÖ-Politikern Manfred Heimbuchner und Norbert Hofer zusammengearbeitet.

Robert Willacker: Sehr geehrte Damen und Herren, Sie können sich sicher denken, dass ich als Politikberater, der sich eher im rechten Parteienspektrum bewegt, wenig Erfahrung damit habe, vor der Wiener Kultur- und Kunstszene politische Reden zu halten. Ich denke, es wird mir niemand im Saal böse sein, wenn ich diese Kulturszene eher dem linken Lager zurechne. Dementsprechend groß war auch meine Verunsicherung vor dieser heutigen Rede. Was wird mich erwarten hier im Saal? Welches Publikum wird mich erwarten? Und ich habe schon beim Hereinkommen gesehen, dass die ethnische Zusammensetzung hier im Saal in etwa dem Rahmen entspricht, dem ich auch beim durchschnittlichen Aschermittwoch der FPÖ begegne. Sollte das ein Entgegenkommen des Veranstalters gewesen sein, kann ich versichern, das wäre nicht nötig gewesen.

Ich bin allerdings nicht hierhergekommen, um Ihnen den Spiegel vorzuhalten. Den haben die meisten von Ihnen ohnehin abonniert – und zusammen mit dem Falter steckt er ja die weltanschaulich zulässige Norm



AfD-Redenschreiber Robert Willacker hält seine Rede im Gerichtstheater der Wiener Festwochen. Foto: DW-Bildschirmfoto

ab, deren Abweichungen Sie an diesem Wochenende gerichtlich verhandeln wollen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht man Parteien wie die AfD oder die FPÖ? Braucht man Rechte, lautete die Leitfrage, die mir seitens des Veranstalters mitgegeben wurde. Ich unterstelle einmal, wir haben das auch schon gehört, dass hier im Saal gar nicht wenige Menschen sitzen, die diese Frage mit einem klaren »Nein« beantworten würden. Aber es ist, um im Sprachbild des Theaters zu bleiben, wie mit dem Schauspielunterricht: Den benötigen meist auch diejenigen am dringendsten, die am festesten davon überzeugt sind, ihn nicht zu brauchen.

Sie, wer te Damen und Herren, die beim Frühstück Ihrem Partner das Eiskastel aus dem Standard vorlesen, brauchen Parteien wie die AfD oder die FPÖ wie den Bissen Brot, auf dem Sie gerade noch Ihre leckere Marmelade verteilt haben. Und ja, ich als Deutscher benutze Wörter wie »lecker«. Was wollen Sie schon dagegen machen? Abschiebungen wollen Sie ja nicht, also müssen Sie lernen, mich und meine Sprache zu tolerieren. Warum brauchen Sie, liebe pensionierte Studienräte und solche, die es noch werden wollen, nun die AfD und die FPÖ? Nun, die Antwort mag Sie ob ihrer Profanität enttäuschen: Sie brauchen diese Parteien, um Ihre Schuld kompensieren zu können. Nachdem wir hier in der Geburtsstadt der Psychoanalyse sind und fast jeder hier im Raum, mich eingeschlossen, irgendetwas Nutzloses studiert hat, noch mal etwas weniger profan: Sie brauchen diese Parteien, denn Ihr Ich ist nicht in der Lage, den Konflikt zwischen Ihrem Es und Ihrem Über-Ich zu kalmieren und konstruktiv zu kanalisieren.

GESCHÄFT GEGEN RECHTS

Sie sind zu weiß, Sie sind zu reich, Sie sind zu heterosexuell, Sie fahren zu viel Auto, Sie essen zu viel Fleisch und Sie heizen falsch. Und dann hatten Sie da auch noch diesen Großvater, über den in Ihrer Familie seit jeher deutlich mehr geschwiegen, als gesprochen wird. Und genau hier, am Gipfel Ihres schlechten Gewissens, hier kommen die Rechten ins Spiel. Nicht nur, dass diese schlimmer sind als Sie, die fahren noch mehr Auto, essen noch mehr Fleisch und sind noch heterosexueller, sie besitzen auch noch die Unverfrorenheit, sich nicht einmal ansatzweise für ihr Tun und ihr Sein zu schämen. Und damit haben Sie, meine Damen und Herren, endlich das ausgelagerte Feindbild, das Sie brauchen, um sich nicht länger dem Konflikt mit Ihrem eigenen Selbst stellen zu müssen. Ich mache es für Sie greifbarer: Die eigenen Kinder nicht mit faktisch unbeschulbaren Migranten aus prekären Verhältnissen in dieselbe Klasse schicken zu wollen, macht Sie nicht zu einem schlechten Menschen. Denn es gibt ja dort noch diejenigen, die Migranten samt und sonders abschieben wollen. Und besser als die sind Sie allemal. Wären die nicht rechts, wären Sie nicht links! Wären die nicht schlecht, wären Sie nicht gut!

Und weil dieser Selbstbetrug das einzige Erlösungsversprechen ist, das Ihnen seit Ihrem Austritt aus der katholischen Kirche geblieben ist, haben Sie ihn unter dem Schlagwort »Kampf gegen Rechts« sogar institutionalisiert. Unter dem Dach unzähliger NGOs, Stiftungen und Initiativen versammelt sich heute das, was der große deutsche Antisemit, Schwarzenhasser, Gemeindebau-Namensgeber und linke Übervater Karl Marx neben zahlreichen anderen gesellschaftlichen Gruppen seiner Zeit noch zum Lumpenproletariat zählte: nämlich die verkommenen, ich zitiere wörtlich, »abenteuerlichen Ableger der Bourgeoisie und die Literaten«.

Meine Damen und Herren, der moralische Ablasshandel im Kampf gegen Rechts ist dabei längst zu einer gigantischen Selbstbestätigungsmaschinerie geworden, die sich kilometerweit von den Interessen der Minderheiten entfernt hat, die sie vorgibt zu protegierten. Dass ich mit dem, was ich sage, recht habe, wird dadurch offenbar, dass ich schon seit knapp über fünf Minuten zu Ihnen spreche und Sie immer noch keine Antwort auf die Frage gefunden haben, die Sie seit dem Moment umtreibt, in dem ich dieses Podium betreten habe: nämlich, was macht jemand mit meiner Hautfarbe bei den Rechten? Sie werden keine Antwort auf diese Frage finden, meine Damen und Herren, denn die Antwort verbirgt sich hinter einem positiven Zugang zur nationalen Identität, zur Geschichte und tradierten Kultur. Und diesen Zugang, den verwehren Sie sich selbst.

Schließlich stünde ein Verständnis von Rechts Ihrem Kampf gegen Rechts im Weg. Und ohne diesen frisst Sie Ihr Gewissen. Spätestens hier beißt sich also die Katze in den Schwanz. Es sind aber nicht nur Ihre Schuldgefühle,

die den Kampf gegen Rechts am Laufen halten, sondern auch findige und geschäftstüchtige Linke, die daraus ein alles andere als antikapitalistisches Einkommensmodell entwickelt haben. »Der Krieg ernährt den Krieg«, wusste schon der olle Schiller und ließ es darum im zweiten Teil der Wallenstein-Trilogie den General Isolani in die Welt hinausposaunen. Und wie der Krieg den Krieg ernährt, so ernährt auch der Kampf gegen Rechts den Kampf gegen Rechts. Die Politik bestellt und die steuergeldfinanzierte NGO-Industrie liefert. Zu Ihrer Ehrenrettung muss ich sagen: In Österreich sind diese bizarren Auswüchse noch nicht ganz so weit wie in Deutschland, die Betonung liegt auf »noch«, und Wien mag da eine Ausnahme bilden.

WENN MAL KEIN FRISCHFLEISCH GIBT

Jedenfalls ist dieses Geschäft gegen Rechts auch deshalb so einträglich, weil sich zu dem schlechten Gewissen noch der Gruselfaktor gesellt. Der Deutsche und der Österreicher gruseln sich gerne, anders ist es nicht erklärbar, warum Leute sich seit 140 Jahren jeden Sonntag denselben Totort ansehen. Der Nachschub an düsteren Fernsehabend-Krimis darf niemals abreißen, genau wie der Nachschub an Rechts niemals abreißen darf. Ob rechts, rechtsradikal oder rechtsextrem ist dem Gruselsüchtigen dabei übrigens einerlei. Medienseitig hat man sich auf diesen Konsumtenwunsch längst eingestellt und hält sich deshalb auch nicht länger mit einer differenzierten Darstellung auf. Weil die Nachfrage nach dem rechten Grusel aber deutlich größer ist als das Angebot, schwärmen die Apologeten des Kampfes gegen Rechts regelmäßig aus, um noch aus dem hintersten Winkel der Republik neuen Stoff für ihre Gruselsüchtigen zu organisieren. Das jährliche Hochamt dieser Industrie ist die digitale Eierkokerl-Suche, die am 20. April stattfindet. Denn irgendein Trottel findet sich schließlich immer, der seine primitive Ausländerfeindlichkeit in irgendeiner unmoderierten Facebookgruppe zu ventilieren versucht.

Und wenn es dann doch einmal keine frische Ware geben sollte, können Sie, wer te Damen und Herren, natürlich auf Altbewährtes vertrauen. Sie sind Medienschaffender und Ihre Zeitung verkauft sich schlecht? Nehmen Sie einfach die AfD oder die FPÖ auf den Titel. »Sex sells« war gestern, »Rechts sells« ist heute. Publizistisch noch besser als die AfD oder die FPÖ verkaufen sich auf Titelseiten übrigens Hakenkreuze. Hier gilt das Motto, »vom Spiegel lernen heißt Siegen lernen«. Sollten Sie als Medienschaffende allerdings mit dem Gedanken spielen, der Abwechslung halber einmal den Anstieg des islamischen Antisemitismus und die damit zusammenhängende Rolle der Migrationspolitik näher thematisieren zu wollen, müssen Sie als Medium Absatzeinbußen in Kauf nehmen. Von linkem Antisemitismus möchte ich dabei gar nicht erst reden, davon rate ich Ihnen zur Gänze ab. Absoluter Ladenhüter, verkauft sich nicht.

Der feuilleton-verliebte, deutsche Halbintellektuelle, Österreicher mitgemeint, will seinen Antisemitismus rechts verortet wissen. Dort gehört er hin, alles andere verwirrt ihn auch nur. Ein kleiner Einschub: Die Ihnen sicherlich wohlbekannte Historikerin Magrit Reiter hat ein ganz hervorragendes, überaus informatives und sicher ebenso bekanntes Buch mit dem Titel »Die Ehemaligen, der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ« geschrieben. Von derselben Autorin stammt auch das 516 Seiten starke Buch »Unter Antisemitismusverdacht: Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah«. Meine Damen und Herren, ich kenne die Verkaufszahlen dieser beiden Bücher nicht, ich nehme aber jetzt und hier 10 zu 1 Werten darüber an, welches der beiden Bücher sich um ein Vielfaches besser verkauft hat als das andere. Meine Damen und Herren, es wird Sie freuen zu hören, dass ich mich nun langsam dem Ende meiner Ausführungen entgegenrede. Ich hatte Ihnen versprochen, Ihnen nicht den Spiegel vorzuhalten, und dieses Versprechen habe ich gehalten. Ich habe Ihnen, meine Damen und Herren, viel mehr das Angebot gemacht, sich für einen kurzen Moment selbst durch meine Augen zu betrachten. Ob Sie dieses Angebot annehmen, liegt ganz bei Ihnen. Vielen Dank.



Der Schauprozess im Wiener Odeon-Theater. Foto: Florian Machl

Hin Da!

KULTURKALENDER

Juni / Juli 2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • AUSSTELLUNG • »AntiARTIG & UncancelBAR – Zensiertes unzensiert« von Rudolph Bauer, Oliver Sperl, Jill Sandjaja und Arndt Nollau • Mittwoch – Freitag 17:00 – 22:00 Uhr • Eintritt frei

22.06.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • SEMINAR • »Der gegenwärtige Systemkonflikt, national und global« von Dr. Werner Rügemer, veranstaltet von der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) • 12:00 Uhr – 16:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

22.06.2024 • Durlangen; Gasthaus zur Krone, Kronengasse 1, 73568 Durlangen • PODIUMSDISKUSSION • »Wir lassen uns nicht spalten – Ausgrenzung und Distanzierung nein danke!« mit Anselm Lenz, Jan Veil, Marcus Fuchs, Michael Brück und Tobias Pfening • 15:00 Uhr

27.06.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • LESUNG • »SARUJ-Stell Dir vor es gibt kein Geld mehr« Lesung und Diskussion mit der Autorin Bilbo Calvez • 19:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

27.06.2024 • Karlshagen; Haus des Gastes, Hauptstr. 4, 17449 Karlshagen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

28.06.2024 • Reutlingen; Ort wird bei Anmeldung bekannt gegeben • LESUNG • »Richtigstellung! Es war noch nie falsch quer zu denken« Lesung und Gesprächsrunde mit Michael Ballweg und Ralf Ludwig • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Anmeldung erforderlich unter: www.f2.digitaler-aktivist.org

28.06.2024 • Seebad Bansin; Haus des Gastes, Promenade an der Seebrücke, 17429 Seebad Bansin • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

29.06.2024 • Stralsund; Genossenschafts-laden Menschlich wirtschaften, Wasserstr. 72, 18439 Stralsund • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 19:30 Uhr • Tickets unter: www.kabarett-musik.de

17.07. - 21.07.2024 • Menz; Buddhistisches Institut, Neuruppiner Str. 6, 16775 Stechlin • FESTIVAL • »Fest für Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung und Freude« Workshops wie z.B. Yoga, Tai chi u.v.m., Live Musik, gemeinsam kochen und essen, zelten • Anmeldung und weitere Informationen unter: fest-im-norden-2024@oberhavel-steht-auf.de

24.-28.07.2024 • Friesack bei Berlin; Freilichtbühne, Vietznitzer Str. an der L17, 14662 Friesack • FESTIVAL • »Pax Terra Musica« • Anmeldung und weitere Informationen unter: www.pax-terra-musica.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an veranstaltung@demokratischer-widerstand.de Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyeclmLurGH59q7DQJLCSdinYndGyEyWt
Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:





DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 178 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 136 vom 17. Juni 2023.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin

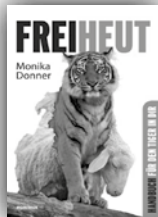


DIE NEUE NORMALITÄT
Auf dem Weg in die Dystopie
Bruder/Bruder-Bezzel/Lemke/
Stahmer-Weinandy (Hgg.)
Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-540-6



**DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST**
Anonym

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



FREIHEUT
Handbuch für den Tiger in dir

Monika Donner
Monithor-Verlag
ISBN: 978-3950331462



GEGENDRUCK
Das Manova-Magazin

Ullrich Mies und Annette van
Gessel (Chefredaktion)
Manova-Edition
ISBN: 978-3-911394-01-7



DIE CORONA-LITANEI
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens

Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



RICHTIGSTELLUNG
Es war noch nie falsch,
quer zu denken!
Michael Ballweg,
Mathias Bröckers, Ralf Ludwig
Tiger Press
ISBN: 978-3-910972-02-5



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



CANCEL CULTURE
Wie Propaganda und Zensur
Demokratie und Gesellschaft
zerstören
Michael Meyen
Hintergrund-Verlag
ISBN: 978-3-910568-07-5



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer
Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



DAS CORONA-ABC
Von Alarmsismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



**SPORT MIT BERTHOLD
ÖSTERREICH ALS
GEHEIMFAVORIT**

Die sogenannte Todesgruppe der Fußballeuropameister-
schaft 2024 finde ich sehr spannend.

Österreich hat meiner Meinung nach eine Chance, die
holländische Fußballauswahl zu schlagen, auch Polen zu
schlagen. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass es mein
früherer Trainer Ralf Rangnick mit seiner österreichischen
Mannschaft bis in die Hauptrunde schaffen wird. Und dann
wird Österreich in der KO-Runde ab dem Achtelfinale ein
ganz unangenehmer Gegner sein. Kommen wir zu den
Schweizern. Die haben ihr Auftaktspiel auch gewonnen,
hatten aber eine Wackelphase, in der das Gegenteil fiel.
Aber sie berappelten sich wieder und erzielten noch das
Tor zum Endstand von 3:1. Ich sehe die Schweizer Equipe
aber nicht so stark wie die Österreicher bei diesem Turnier.
Die Österreicher sind einfach bissig, laufstark im Gegen-
pressing, sind im Spiel gegen Frankreich ganz hoch ange-
laufen, schon in deren eigenen Sechzehner. Das war schon
beeindruckend!

RALF RANGNICK UND
»TU FELIX AUSTRIA«

Die taktische Handschrift, die RB-DNA, die Ralf Rangnick
in Leipzig und in Salzburg geprägt hat –im Grunde im ge-
samten Red-Bull-Fußballimperium – sieht man auf jeden
Fall in der österreichischen Mannschaft. Da weiß jeder,
was er machen muss, vor allem bei Ballverlust. Dazu muss

ich sagen: »Chapeau!«, ich ziehe den Hut davor. Kommen
wir noch zu unseren italienischen Freunden. Denen ist ja
ein unglaublicher »Klops« unterlaufen. Soetwas habe ich
schon lange nicht mehr gesehen, dass ein Verteidiger den
Einwurf in den eigenen Sechzehner wirft, ein Gegner den
Ball aufnimmt und »Dankeschön« sagt. Ein Anfängerfeh-
ler, der überhaupt nicht zu einem italienischen Abwehr-
spieler passt, die seit jeher als die besten der Welt gelten.
Die Italiener haben dann aber das Spiel noch gedreht und
2:1 gewonnen. Im Turniervergleich sehe ich die italienische
Auswahl aber nicht so stark wie die Franzosen oder die
Spanier. Bei den mitfavorisierten Enländern sehe ich einen
eher schwachen Auftakt.

Franzosen und Spanier heben sich deutlich ab. Zum Zeit-
punkt der Ausstrahlung unserer dritten EM-Podcast-Fol-
ge bin ich gespannt auf die Portugiesen. Ob sie bei den
Spaniern und Franzosen »anklopfen« können, müssen sie
erstmal beweisen. Bislang gab es jedenfalls mit Ausnah-
me des Eröffnungsspiels (Deutschland – Schottland 5:1)
keine absolut auffälligen Ergebnisse. Das zweite deutsche
Vorrundenspiel schaue ich mir im Gottlieb-Daimler-Stadion
in Stuttgart an, werde im vierten EM-Podcast und an die-
ser Stelle davon berichten (Deutschland – Ungarn ging am
Mittwoch 2:0 aus; red.).



»Sommermärchen & Wahrheit«, der offizielle EM-Podcast der
Wochenzeitung Demokratischer Widerstand mit DW-Sportchef
Thomas Berthold (l.) ist auf YouTube und weiteren Seiten im Netz
nachzuvollziehen. Foto: DW



**ZEIT DES
ÜBERGANGS**
KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

**Römer 13,1: »Jedermann sei unter-
tan der Obrigkeit, die Gewalt über
ihn hat.« Paulus begründet die-
se Aufforderung mit dem Hinweis,
dass eine Regierung nicht wegen gu-
ter Werke zu fürchten sei, sondern
wegen böser. Wer das Gute tut, wer-
de von ihr Lob empfangen, denn sie
ist Gottes Dienerin, zu unserem Bes-
ten (Vv. 3-4).**

Viele Christen haben sich während der
Corona-Jahre widerspruchslos den perfiden
Anweisungen der Behörden gebeugt.
Denn sie standen unter dem Einfluss ihrer
Kirchenleitungen, die wie religiöse NGOs
agierten, um frommen Seelen im Gefäng-
nis der Obrigkeitshörigkeit »Schutz« zu
gewähren. Und so blieben die Gebeutel-
ten brave Untertanen, auch wenn die Re-
geln, welche die Regenten aufgestellt hat-
ten, den bestrafen, der Gutes tat, und
den Übeltäter straffrei hielten oder sogar
belohnten.

Bis heute gibt es für all das erlittene Un-
recht keine Aufarbeitung und keine Ent-
schuldigung, kein Verantwortlicher ist
zurückgetreten. Die Mehrheit der Gläu-
bigen nimmt es achselzuckend hin. Man
hat sich eben längst daran gewöhnt, dass
Gottes Wahrheit in Lüge verkehrt und das

Geschöpf statt dem Schöpfer verehrt wird
(Römer 1,25). In einigen christlichen Zir-
keln ist die geistliche Verwirrung schon so
weit fortgeschritten, dass man wohlwol-
lend über die Klimareligion, den LGBTQ-
Kult oder den Transhumanismus spricht.

Doch Vorsicht! Was mit dem Setzen ei-
nes Gendersternchens ganz harmlos zu
beginnen scheint, führt letztendlich zu
Zuständen, wie sie in Offenbarung 13 be-
schrieben werden: »Und ich sah ein Tier
aus dem Meer steigen, das hatte ... auf sei-
nen Häuptern lästerliche Namen« (V. 1).
Dieses Tier (im Griechischen: wildes Tier,
Bestie) repräsentiert eine teuflische Welt-
einheitsregierung, deren oberster Regent
die Anbetung seiner Person einfordern
und jeden vernichten wird, der sich wider-
setzt (Vv. 7, 15).

UNTERTANENGEIST
ABSCHÜTTELN

Der Kontrast zwischen Römer 13 und Of-
fenbarung 13 ist überdeutlich: Eine Ob-
rigkeit, die dazu bestimmt war, Gottes
Dienerin zu sein, wird sich in eine gottes-
lästerliche Bestie verwandeln. Wer ver-
standen hat, dass wir uns bereits in der
Übergangsphase befinden, kann den Un-
tertanengeist leichten Herzens abschüt-
teln. Auch wird er sich dem global or-
chestrierten Umerziehungsprogramm
verweigern, das ihn darauf vorbereiten soll,
den Antichristen willkommen zu heißen
und anzubeten. Und er wird um so kon-
sequenter kompromisslos wertorientiert
leben und handeln, denn: »hier muss sich
die Standhaftigkeit und die Treue aller be-
währen, die zu Christus gehören« (V. 10).

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im
Landkreis Schwäbisch Hall. Er kann über
die Emailadresse anti.pas@gmx.de ange-
schrieben werden.



Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

GUTEN TAG, HERR MILO RAU!

Da wir beide vom Theater kommen und wir uns kennen,
nehme ich das Du und komme gleich zum Punkt: Du ver-
dienst als Intendant der Wiener Festwochen 180.000 Euro
im Jahr. Rück' sofort die Kohle raus! Überweise das Geld an
die, von denen Du die Ideen für Deine Spielzeit hast. An uns!



Das Imitat. Der gut
bezahlte Klinkenputzer
und biegsame Hand-
schmeichler der Macht-
haber: Milo Rau. Foto:
Von C. Stadler/Bwag/
Wiki-Commons

Anselm Lenz und ich haben mit dem Haus Bartleby bereits
2016 die »Wiener Prozesse« abgehalten samt Umwidmung
des Theatersaals zu einem Raum der politischen Entschei-
dung für Europa, nominiert für den Nestroy-Preis. Und jetzt
kommst Du, Epigone.

Die Einführung der Demokratie in den Theaterumläufen
für Deine »Freie Republik Wien« hast Du Dir von der Volks-
bühnenbesetzung 2017 abgeguckt. Ebenfalls von Machern
dieser Zeitung konzipiert und durchgeführt. Und zudem
ein Vorgang, den Du damals zu verhindern versuchtest,
weil Du in Wahrheit Angst vor Demokratie hast und sie nur
als die Inszenierung erträgt, welche wir bereits kennen.

Jetzt willst Du Corona-Aufarbeitung machen? – Du?

Jetzt willst Du, nachdem wir über vier Jahre mit dieser Zeitung
Öffentlichkeit für verfemte und verfolgte Stimmen herstellen –
unter Einsatz von wirklich allem –, jetzt willst Du mit Konzern-
und Regierungsknete Öffentlichkeit inszenieren? Das ganze
schön stromlinienförmig ohne persönliches Risiko für Dich,
also als Fake, als Beruhigungsspielle. Vergiss es!

Her mit der Kohle! Du weißt ganz genau,
dass wir das Original sind. Unsere Bankverbindung ist:
Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64.

Mit freundlichen Grüßen
Hendrik Sodenkamp



Das Original: Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp gedenken an
der Volksbühne Berlin den Opfern des Coronaregimes zum vierten
Geburtstag der von ihnen gegründeten Demokratiebewegung.
Foto: Georgi Belickin/DW

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivildienstverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unumenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.
BIS ZUM UMFASSENDE SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2024 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 179 erscheint am Samstag 29. Juni 2024!

SO GEHT ES:

- Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
- Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
- Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON • E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin